

LaG - Magazin

Eugenik und „Euthanasie“

im historischen Kontext

08/2015

28. Oktober 2015

Inhalt

Zur Diskussion

Über die Selbstverständlichkeit kein Recht auf Geschichte gehabt zu haben.....	5
„Gut, dass wir damals nicht gelebt haben, sonst wären wir alle schon tot!“ Das Projekt ‚Geschichte erleben – Umgang mit Menschen mit Behinderungen während der NS-Zeit‘	11
Das Deutsche Hygiene-Museum und die frühe Popularisierung der Rassenhygiene.....	15
Idylle und Verbrechen: Was wir von „bösen Orten“ lernen können. Alt Rehse und die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“	19
„Ausmerzende Erbpflege“ an sogenannten Asozialen. Zwangssterilisierungen im Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Rummelsburg.....	23

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Stolpern ist nicht schlimm. Materialien zur Holocaust-Education.....	26
--	----

Empfehlung Web

„Tötung in einer Minute“ - Quellen zur Euthanasie im Staatsarchiv Ludwigsburg.....	31
Netzdebatte Sterbehilfe - „Euthanasie“ in Vergangenheit und Gegenwart.....	33

Empfehlung Lernorte

Paul Bernhard Braune und die Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal.....	35
Der Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4.....	37

Empfehlung Fachbuch

Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus.....	41
--	----

Empfehlung Film

Der vernichtende Blick auf behinderte Menschen.....	45
---	----

Neu eingetroffen

Antiziganismus – Rassistische Stereotype und Diskriminierung von Sinti und Roma.....47

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende LaG-Magazin nimmt die Themen Eugenik und NS-„Euthanasie“ in den Fokus. Die Beiträge externer Autor/innen heben dabei in Ihrer Mehrzahl auf Fragen der Vermittlung der Thematik ab. Andere beziehen sich auf historische Orte der Verbrechen, die, im Gegensatz zu Tötungsanstalten wie in Brandenburg an der Havel, Hadamar und anderenorts, innerhalb der deutschen Gedenkkultur weniger Aufmerksamkeit erfahren.

Carola S. Rudnick stellt den inklusiven Ansatz des pädagogischen Projekts „Die Würde des Menschen ist (an-)tastbar“ vor, das an der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg angeboten wird. Dem Projekt liegt das Verständnis zugrunde, dass sogenannte behinderte Menschen ein Recht auf eine Auseinandersetzung mit Geschichte haben.

Bettina Lindmeier und *Claudia Schomaker* stellen das Projekt „Geschichte erleben – Umgang mit Menschen mit Behinderungen während der NS-Zeit“ vor in dem sich Studierende und Menschen mit Behinderungen über NS-„Euthanasie“ auseinandersetzen.

Am Beispiel des Deutschen Hygiene-Museums zeigt *Julia Radke* die historischen Verbindungslinien zwischen dem Konzept von Eugenik und Hygiene seit der I. Internationalen Ausstellung für Hygiene im Jahr 1911 in Dresden auf.

Danach, welcher Umgang mit historischen Täterorten adäquat ist und wie beziehungsweise ob solche „bösen“ Orte heute noch zu uns sprechen, fragt *Rainer Stommer*. In seinem Essay thematisiert er die ehemalige „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft in Alt-Rehse, an der heute ein Lern- und Gedenkort entsteht.

Bernhard Bremberger und *Lothar Eberhardt* thematisieren die Zwangssterilisation von 195 sogenannten Asozialen im Berliner Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg während des Nationalsozialismus.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren herzlich für ihre Beiträge.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 25. November 2015 in Kooperation mit der Körper-Stiftung und wird sich mit dem Thema „Kriegskinder“ befassen.

Ihre LaG-Redaktion

Über die Selbstverständlichkeit kein Recht auf Geschichte gehabt zu haben.

Von Carola S. Rudnick

Sollen Menschen mit geistigen, seelischen und körperlichen Behinderungen von der „NS-Psychiatrie“ und NS-„Euthanasie“ erfahren? Sollen sich chronisch psychisch Erkrankte und Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderungen mit der Ermordung ihresgleichen beschäftigen? Diese Fragen wurden von Menschen ohne Behinderungen in den vergangenen Jahrzehnten eindeutig mit einem „Nein“ beantwortet. Keine Gruppe von Menschen wurde daher so selbstverständlich von der Aufarbeitung der „eigenen“ Verfolgungs- und Entrechtungs-geschichte ausgeschlossen, wie Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen. Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen sind daher bis heute die einzige Gruppe der nationalsozialistisch Verfolgten, die überwiegend nicht entschädigt wurde und die bei der Aufarbeitung der Verbrechen in der Vergangenheit nahezu nicht beteiligt wurde. Es gibt also keine andere politisch entrechtete und verfolgte Gruppe, die so vehement von ihrer eigenen (Zeit-)Geschichte abgehalten wurde, wie die Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen.

Die Hauptargumente für eine Bewahrung vor der eigenen Vergangenheit lauteten, der Patientenmord, die Verstümmelungen und Menschenversuche, das Siechtum durch Hunger und Durst sowie ausbleibende

medizinische Versorgung seien eine Zumutung für Betroffene. Der Horror sei schlichtweg nicht zu verkraften. Zudem, so die Annahme, würden Menschen mit Behinderungen diese Verbrechen nicht in dem gebotenen Maße verstehen [sic!]. Außerdem sei das ja auch alles lange genug her und seither habe sich in der psychiatrischen Versorgung und in der Infrastruktur für Menschen mit Behinderungen doch alles zum Guten gewendet, so die ängstlichen Kritiker.

2013 beschäftigte sich eine Laien-Theatergruppe, das Hamburger theater36, mit dieser Frage. Zusammengewürfelt aus Menschen ohne und mit verschiedensten Behinderungen fand sie in dem daraus entstehenden Theaterstück „Der Brief“ für sich selbst eine Antwort: jeder, der etwas über NS-„Euthanasie“ wissen will, soll das Recht haben, diese Geschichte zu erfahren.

„Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Und genau hier setzt das Selbstverständnis der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg seit 2012 an. Menschen mit Behinderungen, so die „Euthanasie“-Gedenkstätte, haben prinzipiell ein Recht darauf, „ihre Geschichte“ zu erfahren, gerade weil strukturelle Gewalt, Unrechtserfahrungen, Ausgrenzung und mangelnde Teilhabe in ihrer Gegenwart schmerzhaft und leidvoll belegen, dass ihre „Befreiung“ vor 70 Jahren überwiegend ausblieb und Strukturen des Nationalsozialismus noch bis in die Gegenwart hineinreichen. Nach dem Einmarsch der Alliierten blieben sie Psychiatriepatienten und Heimbewohner. Das Töten endete zwar in den

Inklusives Geschichtslernen

ersten Nachkriegsjahren allmählich – in Lüneburg erst 1947 (Carola S. Rudnick 2015) – , aber eine echte Liberalisierung begann erst Ende der 1970er Jahre (Swantje Köbsell 2012), im Unterschied etwa zur 1968er-Bewegung der Nichtbehinderten. Forderungen der Behindertenbewegungen, das zeigen Debatten um das Thema „Inklusion“, blieben zudem oft unerfüllt. In vielen Lebensbereichen von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen lässt eine echte Befreiung – als eine gesellschaftliche Zäsur – auch nach 70 Jahren Kriegsende noch auf sich warten.

Die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg liegt inmitten einer aktiven Psychiatrie, die mit einer Kinder- und Jugendpsychiatrie, mit einem Maßregelvollzug, mit Stationen für Erwachsene, mit zwei Ambulanzen, mit Tageskliniken und mit zwei Heimen für Menschen mit Behinderungen

breit aufgestellt ist. 2004 wurde auf dem Gelände der Psychiatrie im alten Badehaus am Wasserturm eine Gedenkstätte eingerichtet (Raimond Reiter 2005: S. 9-18). 2012 erhielt sie EU-Fördergelder, um die Bildungsarbeit neu auszurichten (Nds. Kultusministerium 2015: S. 20, 46f). Die Gedenkstätte ist seit her ein Ort, an dem anhand von Verbrechen an Kindern und Menschen mit Behinderungen bzw. psychischen Erkrankungen über Kinderrechte und über Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen aufgeklärt wird. Seit 2013 gibt es hierfür ein neues Bildungskonzept (Carola S. Rudnick 2013).

In der Bildungsarbeit wird seither vorausgesetzt, dass alle Menschen mit und ohne Behinderungen sowie mit und ohne psychischen Erkrankungen ein Recht darauf haben zu erfahren, weshalb es in Mitteleuropa heute noch Formen von Separation und Exklusion gibt. Weil rund 1.000 Menschen mit Behinderungen und psychisch Erkrankte zu den Lüneburger Opfern der verschiedenen Lüneburger „Euthanasie“-Maßnahmen gehören (Carola S. Rudnick 2014; Carola S. Rudnick 2015), darunter 300-350 Kinder und Jugendliche sowie rund 250 Patienten ausländischer Herkunft, soll die Entrechtungsgeschichte gerade an diesem Ort zudem für Kinder und für durch Migration mehrfach diskriminierte Betroffene erfahr- und verstehbar werden. Das pädagogische Konzept erhebt „inklusives Geschichtslernen“ und Teilhabe aller Menschen an „ihrer“ Zeitgeschichte daher zum Grundprinzip.

Hauptargument der Gedenkstätte für ein solches „inklusives Geschichtslernen“ über die NS-„Euthanasie“ ist, dass Kinder, Menschen mit Migrationserfahrung und Menschen mit Behinderungen bzw. psychischen Erkrankungen ein diffuses Vorwissen über den Nationalsozialismus haben. Es gibt ein Vorwissen, das einer Sortierung, Differenzierung und Einordnung bedarf. Der Holocaust an den Juden ist in der Regel bekannt und es gibt häufig auch rudimentäre Kenntnisse über medizinische Experimente an Menschen. Die Hauptverantwortung wird jedoch in der Regel allein der Person Adolf Hitler zugeschrieben (Andrea Becher 2009).

Zudem werden die Nazi-Greuel nahezu ausschließlich mit Fremdenhass in Verbindung gebracht. Hier korrigiert eine frühe, barrierefreie und lebensweltnahe Beschäftigung mit der NS-„Euthanasie“ die vorhandenen Klischees. Hierbei wird eine Fokussierung allein auf die Opfer vermieden, vielmehr werden Taten als Folge von Denkmustern, Entscheidungen und Handlungen mehrerer Akteure so erklärt, dass sie für alle verstehbar sind.

Der Ansatz folgt der Prämisse, dass die Tat nicht allein durch das Nachzeichnen der Erlebnisse der Opfer, sondern nur durch das Erklären des Handelns der Akteure und durch das Nachvollziehen von Handlungsalternativen dekonstruiert werden können. Demgemäß sind neben den Opfern vor allem auch verschiedene Beteiligte und Mitverantwortliche Gegenstand der Beschäftigung, wie zum Beispiel Eltern, Ärzte, Nachbarn, Lehrer/innen, Heimleiter/innen, Pflegekräfte, Verwaltungsmitarbeiter/innen. Ihre Entscheidungen, Wendepunkte und die unterschiedlichen Motive helfen, das Prinzip des Rassismus und der strukturellen Gewalt in der gesellschaftlichen Komplexität verstehbar zu machen. Weil die Geschichten zugleich intime Familiengeschichten mit ungeraden Verläufen sind, in denen Schicksalsschläge auch mit menschlichen Schwächen verwoben zur Katastrophe führen, bleibt der Handlungsraum nah, überschaubar und vertraut.

Durch die Auseinandersetzung mit der Situation der damaligen Familien und der damals Betroffenen, die ein großes Maß an

direkten Bezügen zur eigenen Lebenswelt ermöglichen, bietet die Beschäftigung mit NS-„Euthanasie“ zudem die Chance, Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen im persönlichen Umfeld kritisch zu thematisieren und zu reflektieren. Dem Behütungs- und Schutzgedanken setzt die Gedenkstätte zudem entgegen, dass eine Bewahrung vor zurückliegender brutaler Vergangenheit angesichts bestehender gegenwärtiger Entrechtungserfahrungen zynisch ist. Das gelte insbesondere auch in Bezug auf Kinder, für die Krieg und Gewalt genauso ein Gegenwartsphänomen ist wie Fluchterfahrungen, psychische Störungen und kognitiver Leistungsdruck, mit denen sie tagtäglich direkt oder indirekt konfrontiert werden.

Workshop-Methoden von und für Kinder

Mit dem Titel „Die Würde des Menschen (an-)tastbar“ gibt es daher seit 2013 Workshops und ganztägige Angebote für alle Menschen ab dem Alter von 9 Jahren. Alle Methoden und Materialien wurden gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und mit Schüler/innen eines 6. Jahrgangs entwickelt und erprobt, im Rahmen einer Masterarbeit der Leuphana Universität Lüneburg extern evaluiert (Rosa Neubauer/Friederike Wagner 2015). Es gibt verschiedene Einstiege, (Brett-)Spiele, Quizze und Werkzeuge in leichter Sprache über die Behindertenrechtskonvention von 2008 und die UN-Kinderechtskonvention von 1989. Zur Thematisierung der NS-„Euthanasie“ im engeren Sinne wurden drei

Lebensgeschichten und dazugehörige Dokumente in kindgerechte und in einfache Sprache übersetzt. Die Lebensgeschichten wurden zudem in Bildergeschichten umgewandelt, die auch einen nicht alphabetisierten biografischen Zugang ermöglichen. Mit Hilfe eines Audioguides für Kinder von Kindern können Orte besucht und erklärt werden, die mit der Lüneburger NS-„Euthanasie“ und den drei Lebensgeschichten der Opfer direkt in Verbindung stehen. Bei allen Materialien und Methoden, so der Ansatz von „Die Würde des Menschen ist (an-)tastbar“, wird dabei konsequent auf die Trias des individuellen und kollektiven Denkens, Entscheidens und Handelns Bezug genommen, um für eigene Denk- und Handlungsspielräume zu sensibilisieren. Ein weiterer Standard ist, dass die Geschichte der Lüneburger NS-„Euthanasie“-Maßnahmen immer konkret und eng eingegrenzt wird mit maximalen Bezügen zu vorhandenen Quellen, Gegenständen und Spuren. Weil die Methoden und Materialien verschiedene Lernniveaus gleichzeitig berücksichtigen, sind sie für den (inklusive) Geschichts-/Werte- und Normen-/Ethik- und Religions-Unterricht an allen Schulformen, aber auch für altersgemischte Gruppen geeignet. Wie der Ansatz funktioniert, wird an der biografischen Arbeit zur Lebensgeschichte von Dieter Lorenz beispielhaft veranschaulicht.

Beispielhafte Lebensgeschichte

Dieter Lorenz, geboren 1940 in Eindhoven/Niederlande von Eltern deutscher Staatsangehörigkeit, war zweieinhalb Jahre alt, als er im November 1944 als Flüchtlingskind

in Lüneburg ankam und aus seiner Flüchtlingsunterkunft in die Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg eingewiesen wurde. Da der Ärztliche Direktor, Max Bräuner, vermutete, das vermeintlich ausländische Flüchtlingskind habe keine Eltern, und weil die Stadt Lüneburg ihrerseits zögerte, die Pflegekosten für solche Flüchtlingskinder wie Dieter ohne Wenn und Aber zu übernehmen, wurde er innerhalb von zweieinhalb Wochen in der „Kinderfachabteilung“ Lüneburg ermordet. Da sein Grab 1955 auf die offizielle Kriegsgräberliste der Stadt Lüneburg gesetzt wurde, blieb es mehr oder weniger zufällig bis heute auf dem ehemaligen Anstaltsfriedhof erhalten. Bis hier ähnelt die Geschichte vielen Einzelschicksalen (Carola S. Rudnick 2015). Sie wird zunächst linear erzählt. Doch der Ansatz in den Materialien für Kinder und für Menschen mit Behinderungen entfaltet die Geschichte in einem zweiten Schritt handlungsorientiert. So werden Kinder und Menschen mit Behinderungen in der Bildergeschichte zu Dieter damit konfrontiert, dass die Eltern zum Beispiel die Wahl hatten, ihren Sohn in ein Kinderheim zu geben oder nicht. Die Eltern, so die „richtige“ Lösung, entschieden sich für einen Heimaufenthalt, damit die Mutter arbeiten gehen und das eigene Geschäft weiterführen konnte, während der Vater als Fernmelder Frontdienst leistete. Diese Entscheidung führte dazu, dass Dieters Leben einen bestimmten Verlauf nahm, nämlich dass Dieter der Familie letztendlich später „verloren“ ging. Denn das niederländische Kinderheim, in das Dieter kam, wurde im

Zuge des Kriegsverlaufes evakuiert. Hier eröffnen sich für die Workshop-Teilnehmer im Anschluss weitere „Weichen“. Die Pflegerin der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), zuständig für die Evakuierung des Kinderheimes in Eindhoven, hatte die Wahl zwischen einer rechtzeitigen Information an die Eltern oder nicht. Sie entschied sich, die Eltern der Kinder nicht über die bevorstehende Räumung zu informieren. Eine andere Mitarbeiterin der NSV entschied Anfang Dezember 1944 Dieters Eltern auch nicht über den inzwischen bekannten Anstaltsaufenthalt zu informieren. So konnten die Eltern ihren Sohn in Lüneburg nicht abholen und auch nicht vor der ungeahnten Ermordung „retten“. Sie suchten ihn zwar in Solingen und Hannover, der Vater ließ sich sogar in dort stationierte Sonderkommandos versetzen, um seinen Sohn Dieter zu finden, jedoch vergeblich. Als die Eltern Ende Januar 1945 vom Dieters Tod erfuhren, war der Junge schon mehr als einen Monat tot. Doch die Eltern gaben die Hoffnung nicht auf. Erst als ihnen vom Deutschen Roten Kreuz bestätigt wurde, dass Dieter Lorenz wohlmöglich tot war, kehrten die Eltern Deutschland und den Niederlanden den Rücken und wanderten sie 1952 nach Kanada aus. In der Diskussion über „Weichen“ und Handlungsalternativen, kommen dabei die zuvor thematisierten Kinder- und Menschenrechte immer wieder „ins Spiel“. Workshop-Teilnehmer lokalisieren präzise, an welcher Stelle der Lebensgeschichte welches konkrete Menschenrecht durch wessen Denken, Entscheiden und Handeln verletzt

wurde und wie folgenreich diese Rechtsbrüche waren.

Die Geschichte, sei es als Text in leichter Sprache, als Audioguide für Kind von Kindern oder als Bildergeschichte, wird in einem nächsten Schritt dann mit der Lebenswelt und der Gegenwart der Workshop-Teilnehmer/innen direkt in Verbindung gebracht. Bei wenig strukturgeschichtlichen Vorkenntnissen, können die Geschichten kaum analysiert und eingeordnet werden. Sie erfüllen keinen Selbstzweck. Vielmehr müssen die Lebensgeschichten in einem hohen Maß anschlussfähig sein, an die Vorerfahrungen der Workshop-Teilnehmer direkt anknüpfen und für ihr eigenes Dasein einen spürbaren Nutzen haben. Deshalb erfahren sie beispielsweise im Fall von Dieter, dass sein älterer Bruder erst 70 Jahre später, im September 2015 erstmals das Grab von Dieter besuchte. Sie erfahren, dass das nur möglich war, weil der Bruder einen Stapel Briefe seiner Eltern und ein paar Fotos aufbewahrt hatte und dann 2012 mit Hilfe eines Programms im Internet einen Stammbaum aufbaute. Zur gleichen Zeit und zufälligerweise mit dem gleichen Programm baute der Großcousin in Deutschland parallel einen Stammbaum auf. Das Programm war klug und signalisierte beiden, es gäbe am anderen Ende der Erde einen nahezu identischen Stammbaum, könne es sein, dass man verwandt sei? Nur so entdeckte Dieters Bruder, dass er noch Familie in Deutschland hat. Er reiste daraufhin nach Deutschland, damit dieser wiedergefundene Großcousin sich vor Ort auf die Suche nach Dieter begeben

konnte. Wären die Briefe und Fotos dagegen in einem Karton auf dem Dachboden verstaubt geblieben, wäre das Schicksal Dieters nie aufgeklärt worden und hätte der Bruder nie erfahren, dass es in Lüneburg noch heute das Grab von seinem kleinen Bruder Dieter gibt. Wie der Bruder von Dieter können die Workshop-Teilnehmer sich auf Dieters Spuren begeben. Sie können das Haus sehen, in dem Dieter untergebracht war, sie können sein Grab besuchen. Indem sie neben ausgewählten und in leichte Sprache und in Bilder übersetzte Dokumente auch ein aktuelles Foto von Dieters Bruder und dem Großcousin erhalten, wird deutlich, dass die Geschichte von Dieter nicht mit seiner Ermordung endet, seine Geschichte aufgrund von Entscheidungen und Initiativen Einzelner vielmehr bis heute geht und nicht in Vergessenheit gerät. Durch die Möglichkeit, mit Dieters Bruder zu skypen, oder eine Hörgeschichte, einen Brief oder ein anderes Erinnerungszeichen zu gestalten, werden die Teilnehmer sodann zu Gestaltern des Umgangs mit „ihrer“ Geschichte. Die Selbstverständlichkeit kein Recht auf Geschichte gehabt zu haben, wird auf diese Weise in ein tieferes Verständnis der Mechanismen und der Dimensionen selbstverorteter Entrechtung bzw. Gewalt verkehrt sowie in eigene Aufarbeitungsaktivitäten umgewandelt, vorausgesetzt Kinder und Menschen mit Behinderungen bzw. psychische Erkrankungen nehmen sich ihre Freiheit, darüber selbst zu entscheiden.

Über die Autorin:

Dr. phil. Carola S. Rudnick, Studium der Kulturwissenschaften an der Universität Lüneburg, 2004 Magisterabschluss, 2005-2009 Graduierten-Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009-2011 Leitung des Pädagogischen Zentrums der Gedenkstätte Bergen-Belsen, 2011 Promotion in Geschichte zum Thema „Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989“, seit 2011 freiberuflich tätig, 2012-2015 Projektleitung des aus ESF-Mitteln geförderten Projektes „Vielfalt achten, Teilhabe stärken. Lüneburger Inklusionsschulung“, wissenschaftliche und pädagogische Leitung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg.

„Gut, dass wir damals nicht gelebt haben, sonst wären wir alle schon tot!“

Das Projekt ‚Geschichte erleben – Umgang mit Menschen mit Behinderungen während der NS-Zeit‘

Von Bettina Lindmeier
und Claudia Schomaker

„Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen können zeitliche Verläufe schlecht abschätzen, sie sind von abstrakten Inhalten ebenso wie von emotional belastenden Themen überfordert und benötigen kleinschrittige Lernprozesse.“ Dies sind nur einige der Annahmen, die sowohl die Realisierung anspruchsvoller zielgruppenbezogener Angebote der politischen und historischen Erwachsenenbildung für diesen Personenkreis als auch inklusive Bildungsangebote behindern.

Das Projekt ‚Geschichte erleben - Umgang mit Menschen mit Behinderungen während der NS-Zeit‘ stellt diese Annahmen in Frage, indem es Studierenden der Sonderpädagogik und Beschäftigten aus Werkstätten für behinderte Menschen gemeinsam ermöglicht, sich gemeinsam mit einem der schwierigsten Kapitel deutscher Geschichte zu beschäftigen.

Gemeinsam lernen zu diesem Thema – geht das überhaupt?

Wesentlich im Seminar und der zweitägigen Exkursion nach Hadamar (einer Gedenkstätte zur Erinnerung an die

NS-‚Euthanasie‘-Verbrechen) ist die gemeinsame Auseinandersetzung mit dem Thema in einer inklusiven Lerngruppe. Nach unserem Inklusionsverständnis bedeutet dies nicht, dass alle alles zusammen machen, sondern dass sie wesentliche Lernerfahrungen machen, und dies auch, aber nicht ausschließlich, im Lernen miteinander. Dies scheint uns am ehesten durch die Kombination gemeinsamer und getrennter Seminarteile möglich:

Studierende und Beschäftigte aus Werkstätten haben extrem unterschiedliche Bildungsbiographien und Vorkenntnisse. Zudem haben wir als Lehrende neben gemeinsamen Lernzielen für die gesamte Gruppe auch unterschiedliche Lernziele: Der Seminarteil für die Studierenden im Unterrichtsfach Sachunterricht beschäftigt sich daher unter anderem mit der Frage, wie „Holocaust Education“ zum Thema im Sachunterricht der Grundschule möglich gemacht werden kann. Dazu gehört auch eine Auseinandersetzung mit sachunterrichts- bzw. geschichtsdidaktischen Fragestellungen, beispielsweise mit der Frage, was ‚Geschichtsbewusstsein‘ ausmacht und wie es im Unterricht gefördert werden kann. Dies wird nicht nur theoretisch erarbeitet, sondern das erworbene Wissen wird in der Analyse von Kinder- und Jugendbüchern hinsichtlich ihrer Eignung für den Unterricht auch umgesetzt. Die Buchvorstellungen im Rahmen der gemeinsamen Seminarteile wiederum sind dann für die ganze Gruppe interessant und regen auch die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer

zum Lesen an. Alle Bücher werden in Form einer Materialkiste den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Verfügung gestellt.

Für die Beschäftigten aus den Werkstätten ist es dagegen wichtig, in einem geschützten Raum die Universität und unsere Arbeitsformen kennenzulernen und so an Sicherheit zu gewinnen. Dies geschieht, indem auf der Basis des Buches ‚Annas Spuren‘ (Falkenstein 2012) eine Präsentation erarbeitet wird, die diese am ersten gemeinsamen Seminartag den Studierenden vorstellen. Für die Seminarleitung dienen die zwei Blocktage mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Werkstätten dazu, das Vorwissen zu systematisieren, das extrem heterogene Leistungsniveau und die Einschränkungen der Teilnehmenden einzuschätzen: Wer braucht leichte Sprache, wer kann wie gut lesen, wie lang müssen die Pausen sein, wer ist – auch das kommt in nahezu jedem Seminar vor – hinsichtlich des zeitgeschichtlichen Wissens den Studierenden weit überlegen und benötigt Zusatzmaterial?

Projektarbeit und Exkursion

Eine der Prämissen inklusiver Pädagogik ist, dass Verschiedenheit fruchtbar gemacht werden kann. In der Umsetzung ist dies allerdings eine große Herausforderung. In leistungsheterogenen Gruppen ist es nicht selten so, dass von den leistungsstärkeren Gruppenmitgliedern Unterstützung der Schwächeren gefordert wird, was zu einer eher einseitigen Beziehung und zur vorrangigen Wahrnehmung der Verschiedenheit der Lernenden – auch durch sie selbst – führt.

Während der drei gemeinsamen Blocktage im Seminar ‚Geschichte erleben‘ wird in der Regel an Biographien von Tätern, Opfern und Helfern gearbeitet. Das Material wird den Teilnehmer/innenwünschen entsprechend aus der vorliegenden Literatur und Materialiensammlung zur Verfügung gestellt und soll von den Projektgruppen aufbereitet werden. Neben den Projektarbeitsphasen gibt es Plenumsphasen und Interaktionsspiele zur Unterstützung der Gruppenbildung. Insbesondere in den Projektgruppen kommt es vor, dass einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Gefühl haben, sich sehr viel einbringen zu müssen, aber auf Grund der Thematik und der Aufgabenstellung kann hier oft eine Verschiedenartigkeit, aber *Gleichwertigkeit* der Beiträge aller Beteiligten erreicht werden.

Dies geschieht allerdings auf der Grundlage einer Anerkennung ihrer Verschiedenheit, die im Verlauf des Seminars dann aber immer wieder zurücktritt gegenüber der Erfahrung von Gleichheit und gegenseitigem Verständnis. So berichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Werkstätten nahezu immer von eigenen, mitunter massiven Diskriminierungserfahrungen und vergleichen ihre Erfahrung mit derjenigen von Menschen während der NS-Zeit. Die gesamte Gruppe gerät so in eine wesentlich tiefere Auseinandersetzung mit Diskriminierung – auch diskriminierenden Strukturen unseres Bildungssystems – als dies in Gruppen von Studierenden der Fall ist. Mitunter haben auch Studierende dann den Mut, eigene Ausgrenzungserfahrungen und die damit

verbundenen Gefühle ebenfalls anzusprechen.

Auch in der inhaltlichen Arbeit können beide Gruppen voneinander profitieren, wobei hier die leistungsstärkeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer oft die Strukturierung des Materials und den Abgleich mit ihrem Wissen aus der Sachunterrichts- bzw. Geschichtsdidaktik übernehmen müssen. Dies sind meist Studierende, aber nicht alle Studierenden übernehmen diese Aufgabe, und im Einzelfall tun dies auch Teilnehmerinnen oder Teilnehmer aus Werkstätten. Meist sind dies Teilnehmerinnen oder Teilnehmer mit Körperbehinderung und ohne kognitive Einschränkungen. Die anderen Teilnehmenden können allerdings als Prüfer des Erarbeitungsprozesses und der Ergebnisse immer wieder auf Verständlichkeit achten, denn der Auftrag besteht darin, die Projektergebnisse historisch korrekt, aber zugleich verständlich zu formulieren. Meist geschieht dies in Form von Postern. Den Studierenden werden dadurch wichtige Erkenntnisse in Bezug auf ihren eigenen Sprachgebrauch und ein auch für die Schule essentielles Übungsfeld zum Einüben ‚verständlicher Lehrersprache‘ eröffnet.

An diese Vorbereitung schließt eine zweitägige Exkursion zur Gedenkstätte in Hadamar an. Die Auseinandersetzung mit den erhaltenen historischen Räumlichkeiten und die Wahrnehmung der Gedenkstätte als authentischen Ort nationalsozialistischer „Euthanasie“-Verbrechen ermöglicht Erfahrungen ganz eigener Qualität, denn solche Orte sind „langlebige, Generationen

überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität“ (Francois/Schulze 2001, zitiert nach Holl-Giese 2006, 10). Die Exkursion wird in der Regel verbunden mit Prüfungsleistungen für die Studierenden, die Teile der Führung vorbereiten und zu verschiedenen Themen vertiefend – aber wiederum verständlich und anschaulich – referieren. Auch hier hat die Arbeit in einer inklusiven Gruppe zur Verbesserung der Vorbereitung und Durchführung beigetragen: Da immer wieder Teilnehmende aus den Werkstätten äußern, sich nicht sicher zu sein, ob und wie sie diese Exkursion emotional bewältigen, wird dies mit der ganzen Gruppe besprochen. Den Studierenden geht es nicht anders – sie halten dies aber für ihr ‚Privatproblem‘ und würden es nicht ansprechen. Außerdem ist es für alle möglich, die Ausstellung oder Teile der Führung jederzeit zu verlassen, wenn sich jemand überfordert fühlt.

„Ich hätte nicht gedacht, dass hier Diskussionen auf diesem Niveau möglich sind!“

Die Rückmeldungen zu den Seminaren sind positiv. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Werkstätten für behinderte Menschen betonen durchgehend, wie interessant es für sie war, dass sie gern mehr Angebote in diesem Themenfeld hätten und dass es angenehm war, von den Studierenden ernst genommen und einbezogen zu werden – bei einem Teil der Teilnehmenden stellt dies vor Beginn eine große Sorge dar.

Die Studierenden schätzen insbesondere die projektorientierte, teilnehmerorientierte Arbeitsform und das Teamteaching mit zwei Lehrenden mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen. Auch sie gehen zum Teil mit Befürchtungen in die Veranstaltung, ‚wie das wird, zu so einem belastenden Thema in ‚so einer Gruppe‘ zu arbeiten, und gehen überwiegend mit klareren Vorstellungen zu inklusiven historischem Lernen aus den Veranstaltungen. Dazu gehört allerdings auch, dass ihnen die hohen fachlichen, didaktischen und pädagogischen Anforderungen deutlicher werden.

Für uns selbst stellt sich auch immer wieder die Frage, wie mit diesen Anforderungen umzugehen ist:

Wie geht man mit Reduktion und Erweiterung des Stoffes sowie stark unterschiedlichem Arbeitstempo um?

Wie gelingt gute Zusammenarbeit, ohne dass Studierende (dauerhaft) in eine Assistentenrolle geraten?

Wie gelingt stattdessen eine individuelle Wahrnehmung von Stärken und Schwächen, Gleichheit und Verschiedenheit?

Wie können in einer sehr heterogenen Gruppe alle Lernenden gut lernen?

Wie kann – gerade bei einem so belastenden Thema – Überforderung einzelner Teilnehmer/innen begegnet werden?

Die bisherigen Ergebnisse zeigen aber, dass es sich auf jeden Fall lohnt daran weiter zu arbeiten. Dies zeigt auch die Äußerung einer Studentin anlässlich einer Diskussion über

die heutige Euthanasiedebatte im Vergleich zur Ermordung behinderter Menschen während der NS-Zeit: „Ich hätte nicht gedacht, dass hier Diskussionen auf diesem Niveau möglich sind!“

Literatur:

Falkenstein, S.: Annas Spuren. Ein Opfer der NS- ‚Euthanasie‘. München 2012

Holl-Giese, W.: „Das KZ vor der Haustüre“ wird ein Haus der Erinnerung. Partizipation an (lokaler) Erinnerungskultur – eine Herausforderung an den Sachunterricht. In: Pech, D. u. a. (Hrsg.): Möglichkeiten und Relevanz der Auseinandersetzung mit dem Holocaust im Sachunterricht der Grundschule. 3. Beiheft widerstreit sachunterricht 2006, 3–16

Lindmeier, B./Schomaker, C.: „Gut, dass wir damals nicht gelebt haben, sonst wären wir alle schon tot!“ Inklusive historische Bildung zum Thema der NS- ‚Euthanasie‘-Verbrechen. In: Sonderpädagogische Förderung heute. 59 (2014) 1, 73–91

Über die Autorinnen:

Bettina Lindmeier ist Professorin für allgemeine Behindertenpädagogik und -soziologie, Claudia Schomaker ist Professorin für Sachunterricht und Inklusive Didaktik. Gemeinsam setzen sie inklusive Lernangebote für Studierende und erwachsene Menschen mit Behinderung ohne Hochschulzugang an der Leibniz Universität Hannover um.

Das Deutsche Hygiene-Museum und die frühe Popularisierung der Rassenhygiene

Von Julia Radtke

Das Deutsche Hygiene-Museum Dresden (DHMD) bezeichnet sich heute als „Museum vom Menschen“ und versteht sich als Forum zur Diskussion von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Der Ursprung des DHMD liegt jedoch in den populären Hygieneausstellungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Mit seiner Ausstellungstätigkeit und den angegliederten Lehrmittelwerkstätten entwickelte sich das 1912 gegründete Haus zu einem Sozialmuseum neuen Typs und zu einem bedeutenden, international agierenden Akteur der Gesundheitsaufklärung im frühen 20. Jahrhundert. Die Etablierung der deutschen Rassenhygiene im akademischen Feld und ihre öffentlichkeitswirksame Popularisierung bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 können daher exemplarisch an der (Ausstellungs-)Geschichte des Deutschen Hygiene-Museums nachvollzogen werden.

Die I. Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden

1911 fand in Dresden die I. Internationale Hygiene-Ausstellung statt, die mit über 5,5 Millionen Besucher/innen überaus erfolgreich war. Der Initiator des bis dahin größten Vorhabens dieser Art war der Dresdner Industrielle und Erfinder des Mundwassers „Odol“ Karl August Lingner (1861–1916), der sich für den positiven Nutzen einer praktisch angewandten Hygiene begeisterte. Die

Besucherinnen und Besucher sollten mithilfe modernster Medien, in gefälliger Sprache und Optik und auf dem neuesten Stand der Wissenschaft umfassend über das breite Themenspektrum der „Hygiene“ informiert werden (vgl. Vogel/Wingender 2000, S. 45). Neben der Aufklärung über bestimmte Krankheiten, ihre Erreger und mögliche Übertragungswege war das grundsätzliche Ziel der Ausstellung, jeden Einzelnen für die Prävention von Krankheiten zu sensibilisieren und zur umfassenden Einführung hygienischer Praktiken im Alltag aufzurufen. Ein Ausstellungsabschnitt war dabei dezidiert der „Rassenhygiene“ gewidmet, die erstmals auf einer Hygieneausstellung präsentiert wurde. Der Münchner Ordinarius Max von Gruber (1853–1927), ein hoch angesehener Hygieniker, zeichnete sich hauptverantwortlich für die Zusammenstellung der wissenschaftlichen Inhalte. Die Abteilung war in neun Kapitel gegliedert und führte zunächst in die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschliche Fortpflanzung und Vererbungslehre ein. Dieses neue Wissensgebiet hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts große Popularität erlangt und muss vor dem Hintergrund der Erkenntnisse Charles Darwins (1809–1882) über die Evolution und die natürliche Selektion im Tier- und Pflanzenreich verstanden werden (vgl. Sarasin/Sommer 2010, S. 55f). An diese Erkenntnisse schlossen die verschiedenen Aussteller – unter anderem praktische Ärzte, Psychiater, Anatomen und Zoologen – nahtlos an, um ihre radikale Zeitdiagnose zu präsentieren: den Verfall der erblichen

Anlagen der deutschen Bevölkerung und die angeblich steigende Zahl „minderwertiger“ Menschen. Die Begründungen waren vielfältig: die geringere Kinderzahl in Familien mit höherem sozialen Status, die als erwiesen geltende Zunahme angeblich vererbbarer psychischer Erkrankungen genauso wie eine Schädigung der Keimzellen durch Alkohol oder Geschlechtskrankheiten (von Gruber/Rüdin 1911, insb. S.102-121).

Eine Flut von Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung, Stammbäumen und weiterem Datenmaterial, die auf über 200 Tafeln in der Ausstellung präsentiert wurden, schien die fundamentale Bedeutung dieser Vermutungen wissenschaftlich zu untermauern. Als Grundlage dienten Monographien und Aufsätze der beteiligten, vorwiegend deutschen Aussteller/innen oder bekannten Vertreter/innen der internationalen Eugenikbewegung – wie dem zu diesem Zeitpunkt bereits verstorbenen britischen Naturforscher Francis Galton (1822–1911). Der Ausstellungsbe- reich mit dem nachträglich erschienenen Katalog gab damit den aktuellen Stand der Rassenhygiene im frühen 20. Jahrhundert eindrücklich wieder und galt über Jahrzehnte hinweg als „wertvolle Materialsammlung“ (Lenz 1932, S. 577). In der öffentlichen Wahrnehmung spielte die vergleichsweise kleine Abteilung zur Rassenhygiene dagegen sicherlich nur eine untergeordnete Rolle. Die Zeitgenossen bemängelten insbesondere die mangelnde Allgemeinverständlichkeit – so beschrieb der Sozialhygieniker Alfons Fischer (1873–1936) seinen Eindruck folgendermaßen: „Für diesen Teil der Aus-

stellung, meine ich, gilt ganz gewiß das Wort; „Weniger wäre mehr gewesen“ (Fischer 1911, S. 583).

Jedoch zeigt die erstmalige Aufnahme einer Abteilung zur Rassenhygiene im Rahmen einer Hygieneausstellung das frühe Interesse an diesem Thema durch einen ausgewählten Kreis von einflussreichen Ärzt/innen und Wissenschaftler/innen, die die Durchsetzung der Rassenhygiene im akademischen Feld, sowie die öffentliche Popularisierung ihrer Inhalte maßgeblich vorantrieben. Der praktische Arzt Alfred Ploetz (1860–1940), der den deutschen Begriff „Rassenhygiene“ 1895 geprägt hatte, war genauso wie andere Mitglieder der 1910 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene beteiligt (vgl. Weingart/Bayertz/Kroll 1988, S. 206). Darunter fanden sich unter anderem auch der damalige Oberarzt an der Psychiatrischen Klinik München, Ernst Rüdin (1874–1952), und der spätere Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, Eugen Fischer (1874–1967), die beide nach 1933 an der Umsetzung der praktischen Forderungen der Rassenhygiene – beispielsweise über das Gesetz zur Verhütung erkrankter Nachwuchses – maßgeblich beteiligt waren (vgl. Klee 2003, S. 513 bzw. S. 151).

Breite Rezeption der Rassenhygiene nach dem Ersten Weltkrieg

Die breite Rezeption der Rassenhygiene nach Ende des Ersten Weltkriegs lässt sich auch an der weiteren Arbeit des DHMD nachvollziehen: die Verantwortlichen entschieden

sich zwar gegen eine reine Fokussierung auf sozial- und rassenhygienische Inhalte (vgl. Steller 2014, S.192f.), der Themenkomplex „Vererbung und Rassenhygiene“ nahm aber ab Mitte der 1920er Jahre einen festen Platz in der Ausstellungstätigkeit des Hauses und in der Produktion medizinischer Lehrmittel über die hauseigenen Werkstätten ein. Der neue wissenschaftliche Leiter des DHMD, Martin Vogel (1887–1947), erarbeitete gemeinsam mit dem Dresdner Rassenhygieniker Rainer Fetscher (1895–1945) eine Neupräsentation der Ausstellungsgruppe „Rassenhygiene“ unter den Gesichtspunkten von Zugänglichkeit und Attraktivität, die auch nicht vor praktischen Forderungen an die zukünftige Bevölkerungspolitik zurückschreckte. 1927 beschrieb er die Inhalte der Abteilung folgendermaßen: „Über die Keimschädigungen durch Blei, Alkohol, Nikotin und Geschlechtskrankheiten führte der Gedankenweg weiter zu den Fragen der praktischen Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik. Die Frage der Ehetauglichkeitszeugnisse [...] hatte darin ebenso Platz wie die einer vernünftigen Erziehung zum Verständnis von Ehe und Fortpflanzung, die Gefahr der geringen Kinderzahl in den sozial höherstehenden Schichten ebenso wie die gefährlichen Verschiebungen, die durch den Krieg in der Zusammensetzung der Bevölkerung in den am Krieg beteiligten Staaten eingetreten sind.“ (Vogel 1927, S. 466).

Die dabei entstandenen Grafiken und Schaubilder fanden als Vorlagen Eingang in die hauseigene Produktion medizinischer Lehrmittel und wurden für thematisch verwand-

te Publikationen, Lichtbildreihen und Lehrtafeln genutzt, die an Schulen, Vereine und andere öffentliche Einrichtungen verkauft und verliehen wurden.¹ Flankiert wurden diese Lehrmittel durch zwei ins Thema einführende Bände der populärwissenschaftlichen DHMD-Schriftenreihe „Leben und Gesundheit“, die die Interessent/innen als vertiefende Lektüre erwerben konnten.

Das DHMD beteiligte sich demnach zunehmend an der Popularisierung rassenhygienischer Ideen in der Weimarer Republik, wobei radikaler Antisemitismus und Rassismus (noch) keine Berücksichtigung fanden. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 entwickelte sich das DHMD jedoch zu einer führenden Propagandainstitution der NS-Rassenpolitik und war an der Entwicklung ideologisch geprägter Ausstellungen („Volk und Rasse“ 1934, „Reichsschau Ewiges Volk“ 1939) sowie rassistischer Lehrmittel (beispielsweise Schädelmodelle und Lehrtafeln nach Hans F.K. Günthers Rassenschema) beteiligt.

Der heutige Umgang mit der Geschichte des Deutschen Hygiene-Museums

Das Deutsche Hygiene-Museum hat nach der deutsch-deutschen Wende 1990 die Diskussion um die Geschichte der eigenen Institution mitinitiiert und bewusst eine Neuausrichtung des Hauses von einer Einrichtung der staatlichen Gesundheitsaufklärung in der DDR zu einem modernen Museum mit kulturwissenschaftlichem Schwerpunkt und vielfältigem Themenspektrum eingeleitet.

Die politisch-gesellschaftliche Rolle des DHMD im 20. Jahrhundert – insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus – wurde vor allem über viel beachtete Sonderausstellungen und die dazugehörigen Ausstellungskataloge, unter anderem Leibesvisitation (1990/91), Der neue Mensch (1999), Der (im)perfekte Mensch (2000/01) bis hin zu Tödliche Medizin (2006/07, Übernahme aus dem USHMM Washington) reflektiert.

Diese intensive Auseinandersetzung hat auch Eingang in die DHMD-Dauerausstellung Abenteuer Mensch gefunden, die es den Besucherinnen und Besuchern ermöglicht, sich dem Themenfeld Körper und Gesundheit unter aktuellen Fragestellungen zu nähern. Vielfältige historische und zeitgenössische Objekte, sowie interaktive Medienstationen konfrontieren die Betrachter mit historischen und zeitgenössischen Körperbildern und decken so ihre Konstruiertheit und die ihnen eingeschriebenen Normen auf. Das Bewusstsein um die historische Kontingenz von Körperbildern und die kritische Auseinandersetzung mit ihnen sind daher bis heute zentraler Bestandteil der Arbeit des Deutschen Hygiene-Museums.

Literatur:

Fischer, Alfons: Die sozialpolitische Bedeutung der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden, in: Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung 1 (1911), S 568-588.

Gruber, Max von/Rüdin, Ernst: Fortpflanzung, Vererbung, Rassenhygiene. Illustrierter Führer durch

die Gruppe Rassenhygiene der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden, München 1911.

Jütte, Robert/Eckart, Wolfgang U./Schmuhl, Hans-Walter/Süß, Winfried: Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer was war vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Lenz, Fritz: Menschliche Auslese und Rassenhygiene (Eugenik), 4. Auflage, München 1932.

Osten, Philipp: Hygieneausstellungen: Zwischen Volksbelehrung und Vergnügungspark, Deutsches Ärzteblatt 2005; 102: A 3085-3088 (45).

Sarasin, Philipp/Sommer, Marianne (Hg.): Evolution. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010.

Steller, Thomas: Volksbildungsinstitut und Museumskonzern. Das Deutsche Hygiene-Museum 1912-1930, Bielefeld 2014, online einsehbar unter: <http://pub.uni-bielefeld.de/publication/2724840>.

te Heesen, Anke: Theorien des Museums, Hamburg 2012.

Vogel, Klaus/Wingender, Christoph: „...deren Besuch sich daher unter allen Umständen lohnt.“, in: Dresdner Hefte 63 (2000), S. 44-52.

Vogel, Martin: Das Deutsche Hygiene-Museum auf der Gesolei, in: Arthur Schloßmann: Ge-SO-LEI, Bd.2, Düsseldorf 1927, S. 449-474 .

Weingart, Peter/Kroll, Jürgen/Bayertz, Kurt: Rasse, Blut und Gene, Frankfurt am Main 1988.

Über die Autorin:

Julia Radtke ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Sammlung des Deutschen Hygiene-Museums Dresden

Idylle und Verbrechen: Was wir von „bösen Orten“ lernen können. Alt Rehse und die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“

Von Rainer Stommer

Am 1. Juni 1935 wurde in dem kleinen mecklenburgischen Dorf Alt Rehse die repräsentative Einrichtung des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes (NSDÄB), die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ eingeweiht, die bis 1942 als ideologisches Zentrum für die „Gesundheitsführer der Volksgemeinschaft“, der selbsternannten Elite von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern der NS-Zeit fungierte. Dafür wurde auf einer Fläche von 65 ha eine architektonisch aufwendige Anlage, bestehend aus einem Mustergut, einem Musterdorf und der eigentlichen Schulungsanlage errichtet, die heute noch zu großen Teilen erhalten ist und ein eindrucksvolles Dokument aus der zeittypischen Verquickung von politisch-ideologischen Zielen in einem spezifisch architekturästhetischen Rahmen darstellt, ein exemplarisches Beispiel des in NS-Zeiten viel strapazierten „Wortes aus Stein“.

Was machen wir heute mit diesem Ort? Ist er ein „böser Ort“, den wir meiden sollten - oder noch besser abreißen? Ist er nur ein Beispiel für die Hybris und Verblendung vieler Menschen dieser Zeit und hat mit uns - und vor allem mit den Ärzten der Gegenwart nichts mehr zu tun?

Andere fürchten dagegen immer noch, dass von Architektur und Kunst der Nazi-Zeit

bis heute eine Faszination ausgeht, die die Intentionen ihrer Urheber mit den späteren Konsequenzen von Krieg und Genozid verharmlosen könnten. Aber: Sprechen diese Steine heute noch zu uns? Und mit dem „Ton“ und der beabsichtigten Verführungskraft ihrer Urheber? Oder was können sie uns heute vermitteln?

Die Region rund um den Tollensesee in der Nähe Neubrandenburgs gehört zu den landschaftlich reizvollsten Gebieten in der Müritzer Seenplatte. Jedes Jahr kommen mehr und mehr Touristen, um die Schönheit der Landschaft und die Ruhe der Natur zu genießen. Nur wenigen Besuchern ist dabei bewusst, dass diese Region nördlich Berlins zahlreiche historische Orte und Baudenkmale aufweist, die eng mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ verbunden sind. Dazu gehört vor allem das Konzentrationslager Ravensbrück am Rande der Stadt Fürstenberg. Oder etwa die ehemalige Sicherheitspolizeischule Drögen bei Fürstenberg, in der zahlreiche Akteure des Widerstandes vom 20. Juli inhaftiert waren und von der heute nur noch kaum erkennbare Reste vorhanden sind.

Zahlreiche „Prominente“ des NS-Staates hatten in dieser Region Güter erworben oder sich feudale Landsitze errichten lassen. Diese Orte wurden gezielt nach dem Krieg gesprengt, um die Erinnerung zu löschen - das hindert aber heute einschlägige Kreise nicht, diese immer wieder aufzusuchen und nach den Resten der Gebäude und ihrer Geschichte zu suchen. Die Aura der Vergangenheit ist für sie auch ohne erkennbare

materielle Zeugnisse präsent. Umso mehr an diesen Orten keine Dokumentationszentren an die Geschichte erinnern und sie in den historischen Kontext stellen.

Daneben existieren aber auch Orte, die erst auf den zweiten Blick ihre Geschichte offenbaren. Kommen zufällige Besucher nach Alt Rehse, sind sie meist von der Idylle des Ortes, den gepflegten Fachwerkhäusern mit Reetdächern und dem Blick auf den Tollensesee beeindruckt. Diese Idylle hat der Gemeinde einen Landessieg im Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ beschert.

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich dann aber Brüche in der glänzenden Fassade: die einheitlichen Häuser, an einer orthogonal ausgerichteten Achse und um einen rechteckigen Dorfplatz gruppiert; und vor allem die irritierenden Inschriften in den Balken über Fenster und Türen: „errichtet im 3. Jahre“. Wer nun anfängt, nachzufragen und zu suchen, der findet mehr und mehr Hinweise auf die Geschichte des Ortes im „Dritten Reich“, der im allgemeinen Sprachgebrauch als „Reichsärzteschule“ bezeichnet wird.

Für die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ wurde der historische Ort Alt Rehse, der urkundlich seit 1182 nachgewiesen ist, fast vollständig abgerissen. Nur Kirche, Pfarrhaus, das alte Gutshaus und ein Landarbeiterhaus blieben erhalten, wurden aber in eine neue städtebauliche und ästhetische Konzeption eingepasst. Im reizvollen Landschaftspark, der am Hang zum Tollensesee von dem früheren Gutsbesitzer Ludwig

Freiherr von Hauff um seinen neuen Landsitz „Schloss Lichtenstein“ seit 1897 angelegt wurde, entstanden seit 1934 außerdem Gebäude für die Schulung, Unterbringung und Sport- und Freizeitgestaltung von Ärzten.

Die „Führerschule“ wurde so das erste komplett einheitlich geplante „Schulungslager“, wie sie der NS-Staat zur Schulung, Ertüchtigung und ideologischen Ausrichtung verschiedener Gruppen aus NSDAP und parteinahen Organisationen seit 1933 im ganzen Reich einrichtete. Eine „Führerschule“ stand jeweils an der Spitze eines breiten Systems von zahlreichen ähnlichen Einrichtungen, das alle Altersstufen, Berufe und sozialen Schichten erfassen und regelmäßig zu Kursen einberufen sollte. Die „Führerschule“ der NS-Ärzteschaft in Alt Rehse war der zentrale und repräsentative Ort für die Funktionäre des NS-Ärztebundes und die Elite der in der NSDAP organisierten Ärzteschaft.

Das Geschehen vor Ort ist oberflächlich betrachtet scheinbar harmlos. Etwa 10 bis 12.000 Ärzte, Apotheker und Hebammen sind von 1935 bis Ende 1941 nach Alt Rehse gekommen. Die Kurse dauerten meist etwa sieben bis zehn Tagen, sogenannte Jungärzte blieben aber auch vier Wochen, die ihnen auf ihr praktisches Jahr im Rahmen der Ausbildung angerechnet wurden. Eingebettet in einen von früh bis spät reglementierten Tagesablauf fanden Vorlesungen, praktische Kurse, sportliche Ertüchtigung und gemeinsame Freizeitaktivitäten statt.

Neben den praktischen Informationen über die Organisation der Gesundheitspolitik und die neuen Gesetze des NS-Staates („Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, „Nürnberger Rassengesetze“) hatte dies vor allem den Zweck, unter den Ärzten ein neues Gemeinschaftsgefühl zu wecken. Das Zusammenleben verstand sich als modellhafte „Volksgemeinschaft“. Die Diskussionen über das eigene aktive Mitwirken an der Umsetzung der Maßnahmen zur Rassenhygiene dienten der Selbstvergewisserung über die neue ethische Begründung mit der Verpflichtung gegenüber dem „Volkskörper“. Und natürlich wurde man auch in seinen Aktivitäten und Diskussionsbeiträgen geheim beobachtet und bewertet, um damit die Eignung für „höhere Aufgaben“ feststellen zu können.

Und dabei spielte auch der ausführliche Rundgang durch den Ort eine wichtige Rolle. Dorf und Dorfgemeinschaft fungierten als modellhafte Kulisse einer gesunden, arischen Volksgemeinschaft, die sich vor allem auf der Basis des deutschen Bauerntums erhalten haben und neu gestärkt werden sollte: Alt Rehse ist gebaute „Blut-und-Boden-Idylle“.

Dazu gehört die Fiktion einer vermeintlich landestypischen Architektur aus Fachwerk mit Ziegel und Reet. Aber an die Stelle des typischen Straßenangerdorfes, das von Kirche, Teich und Dorfanger gekennzeichnet ist, entsteht nun ein orthogonales Achsen-system, an dessen einem Ende der rechteckige Anger bzw. Aufmarschplatz für die dörfliche Volksgemeinschaft steht und an

dessen anderem Ende der Gutsverwalter als Repräsentant der Partei residiert.

Und mit großem Selbstbewusstsein setzt sich die NS-Ärzeschaft einen eigenen symbolischen Ort im Park mit den Bauten des eigentlichen Schulungslagers, im Zentrum das „Gemeinschaftshaus“. Diese Bauten befinden sich nicht - wie in anderen städtebaulichen Planungen für Partei-Organisationen - hierarchisch untergeordnet an der Hauptachse. In Alt Rehse entsteht eine eigenständige Querachse und bildet eine dritte Einheit in der Trias „Volksgemeinschaft - (Arzt-)Elite - Partei“. Die NS-Ärzeschaft scheint damit aussagen zu wollen: Wir sind nicht nur dienende Vollstrecker im „Führerstaat“, sondern wir sind (Mit-)Gestalter der neuen Gesellschaft auf der Basis unserer medizinischen und rassenhygienischen Vorstellungen.

Dazu war aber nicht nur die Auslese und Förderung der arischen Volksgemeinschaft notwendig, sondern die „Ausmerzung alles Artfremden“. Die Überhöhung der Idylle macht deshalb umso mehr die Notwendigkeit deutlich, mit ärztlichen Wissen und Handeln die Vorstellungen der NS-Rassenhygiene aktiv umzusetzen. Um den „Volkskörper“ zu reinigen, ist in dieser Denkweise das rigorose Eingreifen mit Zwangssterilisationen, „Euthanasie“ und letztendlich die Selektion an den Rampen der Konzentrationslager unabdingbar. Insofern ist das verbrecherische Handeln Voraussetzung, um die Idylle auch gesellschaftliche Wirklichkeit werden zu lassen.

Alt Rehse ist kein beliebiger Ort. Er spricht tatsächlich noch zu uns über die Intentionen seiner Urheber - wir müssen dazu aber Informationen bekommen, wie wir dieses „Wort aus Stein“ lesen müssen. Um das gesamte Ensemble der „Führerschule“ in seiner Organisation, Funktion und Intention verstehen zu können, muss der Ort in seiner architektonischen und städtebaulichen Form erhalten werden; und deshalb ist es auch notwendig, das Gutshaus wiederherzustellen, weil erst dadurch die ästhetische Gesamtkonzeption des Ortes sichtbar wird. Und darüber die Geschichte und das Selbstverständnis einer ganzen Generation von Ärzten, die maßgeblichen Anteil an der Formierung einer Gesellschaft nach dem Idealbild des „homo fascistus“ hatte.

In den nächsten drei Jahren wird mit Hilfe von Fördermitteln aus Bund und Land im Rahmen der Bundesgedenkstättenförderung der „Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse“ entstehen, in dessen Mittelpunkt das sanierte Gutshaus stehen wird. Dort soll eine neue Dauerausstellung nicht nur über die Geschichte des Ortes informieren, sondern auch über aktuelle ethische Fragen der Medizin. Wechselausstellungen werden dieses Programm exemplarisch vertiefen. In der angegliederten Bildungsstätte stehen dann Seminarräume, Bibliothek und Arbeitsplätze für E-Learning zur Verfügung. Die Erschließung des Ortes wird über ein Multimedia-Guide ermöglicht. Alles soll auch nach Möglichkeit barrierefrei angeboten werden. Die Information über die Geschichte des Ortes und die didaktischen Angebote werden

einen Zugang bieten, über die wissenschaftliche Überschätzung und überhebliche Bedeutungszuschreibung eines Berufsstandes in der NS-Zeit kritisch nachzudenken. Vor allem auch über die Leichtfertigkeit, mit der die ethischen Grenzen ärztlichen Handelns für eine vermeintliche gesellschaftliche Utopie überschritten wurden. Dies kann dann eine historische Grundlage dafür bieten, um über die Grundlagen und Konsequenzen aktueller Entwicklungen in der Biologie, Medizin und Gesundheitspolitik zu diskutieren.

Dieser Aufsatz erschien in leicht veränderter Form im Deutschen Ärzteblatt 111.2014, S. 2163-64.

Über den Autor:

Dr. Rainer Stommer, Kunsthistoriker, seit 1997 in der Gedenkstättenarbeit tätig, seit 2005 Projektleiter der Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse.

Web: www.ebb-alt-rehse.de, www.gutshaus-ar.de

Kontakt: r.stommer@ebb-alt-rehse.de

Publikationen u.a.: R. Stommer (Hg.), Reichsautobahn. Pyramiden des Dritten Reiches, Marburg 1982; R. Stommer, Die inszenierte Volksgemeinschaft. Die „Thing-Bewegung“ im Dritten Reich, Marburg 1985; R. Stommer (Hg.), Medizin im Dienste der Rassenideologie. Die „Führerschule der Deutschen Ärzteschaft“ in Alt Rehse, Berlin 2008

„Ausmerzende Erbpflege“ an sogenannten Asozialen. Zwangssterilisierungen im Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Rummelsburg.

Von Bernhard Bremberger/Lothar Eberhardt

195 Insassinnen und Insassen des Berliner Arbeits- und Bewahrungshauses Rummelsburg wurden von 1934 bis 1945 zwangssterilisiert. Die Betroffenen waren Opfer eines erbbiologischen Kreuzzugs mit dem Ziel der „Unfruchtbarmachung zur Verhütung asozialen Nachwuchses“, wie der Leiter des Berliner Landes-Wohlfahrts- und Jugendamts Karl Spiewok im Frühjahr 1937 formuliert hatte.

Nach dem Anfang 1934 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sollten Personen auch gegen ihren Willen sterilisiert werden können, wenn bei ihnen eine erbliche Krankheit festgestellt wurde: etwa „angeborener Schwachsinn“, „Schizophrenie“, „erbliche Fallsucht“, erbliche Blindheit oder Taubheit. Aber auch wer unter „schwerem Alkoholismus“ litt, konnte unfruchtbar gemacht werden. Dies sollte vor einem Erbgesundheitsgericht geprüft und beschlossen werden.

Das Gesetz hatte in den Augen der Rassehygieniker jedoch einen Schönheitsfehler: Es argumentierte lediglich medizinisch und erlaubte somit zwar, gegen Menschen mit körperlichen und psychischen Leiden vorzugehen – doch gegen „sozial Unerwünschte“, gegen „Asoziale“, bot es keine unmittelbare

Handhabe. Die Definition „asozial“ nutzte man, um Menschen mit abweichenden Verhalten, Lebensentwürfen oder familiären Hintergründen etc. stigmatisierend auszugrenzen. Von da war es im NS-Staat nur ein kurzer Weg zur Einweisung in Konzentrationslager bis hin zur Ermordung.

- Um „Asoziale“ nach dem Gesetz sterilisieren zu können, wurden diese erst als „Schwachsinnige“ oder „Trinker“ im Sinne des Gesetzes definiert.
- Dann aber versuchte man, so genannten „moralischen Schwachsinn“ oder „Schwachsinn im rassehygienischen Sinne“ als Hilfskonstruktion zu verwenden.
- Die Praxis zeigt jedoch, dass sogar dann Zwangssterilisierung „Asozialer“ beantragt wurde, wenn ihnen keine medizinische Diagnose im Sinne des Gesetzes anzuhängen war.
- Bald wurde ein „Sondergesetz“ zur „Unfruchtbarmachung Asozialer“ diskutiert.
- Schließlich gab es während des Krieges Forderungen, „Asoziale“ einfach nach dem „gesunden Volksempfinden“ zu definieren und ohne langen Prozess zu sterilisieren und damit auszumerzen.

Das Berliner Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg diente dazu, diejenigen Personen aus Randgruppen der Gesellschaft wegzuschließen, die man strafrechtlich nicht auf Dauer in Strafanstalten bringen konnte. Diese Institution der sozialen Ausgrenzung geriet erst vor einigen Jahren in die öffentliche Wahrnehmung und in die

Forschung – auch aufgrund der Privatisierung der Gebäude. Eine wichtige Rolle bei der Erinnerungsarbeit spielte der Berliner „Arbeitskreis Marginalisierte - gestern und heute“. Dessen Mitglied Lothar Eberhardt begann 2011 mit der Auswertung der Register des Berliner Erbgesundheitsgerichts. Heute liegen nach zusätzlicher Auswertung von rund 21.000 Karteien des Gerichts gesicherte Zahlen vor.

Der Löwenanteil der 195 Rummelsburger Zwangssterilisationen fällt in die Jahre 1934 bis 1936 und ist meist mit „angeborenem Schwachsinn“ begründet, gelegentlich auch mit Alkoholismus, selten auch mit anderen sogenannten Diagnosen. Die genannte Zahl umfasst allerdings nur diejenigen Personen, gegen die im Verlauf ihres unfreiwilligen Aufenthaltes im Arbeits- und Bewahrungshaus ein Verfahren lief und daraufhin die „Unfruchtbarmachung“ erfolgte. Selbstverständlich bleibt unklar, wie viele Personen bereits zwangssterilisiert waren, bevor sie nach Rummelsburg kamen. Auch die Zahl derjenigen ist ungewiss, die erst nach ihrem unfreiwilligen Aufenthalt in der Anstalt in die Gewalt der „Erbgesundheitspflege“ gerieten. (So etwa ein 1905 geborener ungelernter Arbeiter, der aufgrund seiner Arbeitslosigkeit betteln musste und deswegen mehrfach bestraft wurde, bevor er in das Arbeits- und Bewahrungshaus eingewiesen wurde. Dort bekam er „Verwirrheitszustände“, so dass er in eine Heil- und Pflegeanstalt überwiesen wurde. Erst dann wurde ein Antrag auf Unfruchtbarmachung wegen angeblichen „Schwachsinn“ gestellt.)

Zusammenfassung und Perspektive: 195 Insassinnen und Insassen des Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg fielen der nationalsozialistischen Zwangssterilisation zum Opfer - unverhältnismäßig mehr Frauen als Männer. Aus den ausgewerteten Karteien und Registern des Berliner Erbgesundheitsgerichts erfahren wir über sie kaum mehr als Namen, Geburtsdaten und Wohnadressen. Die von fast allen Opfern vorhandenen ein bis dreiseitigen Beschlüsse des Gerichts enthalten weitere biographische Informationen. Leider sind nur knapp zwei Dutzend Akten des Gerichts über Arbeitshausinsassen erhalten. Erst durch weitere Auswertung erfahren wir mehr über das Schicksal einzelner Personen aus dieser bis heute nicht anerkannten Opfergruppe des Nationalsozialismus.

Literatur:

Anne Alex/Dietrich Kalkan (Hg.): *ausgesteuert, ausgegrenzt ... angeblich asozial*. Neu-Ulm 2009.

Wolfgang Ayaß: *„Asoziale“ im Nationalsozialismus*. Stuttgart 1995.

Ders.: *„Demnach ist zum Beispiel asozial ...“ Zur Sprache sozialer Ausgrenzung im Nationalsozialismus*; S. 69-89 in: Nicole Kramer/Armin Nolzen (Hg.): *Ungleichheiten im „Dritten Reich“*. Semantiken, Praktiken, Erfahrungen. Göttingen 2012.

Ders.: *„Asozialer Nachwuchs ist für die Volksgemeinschaft vollkommen unerwünscht.“ Die Zwangssterilisation von sozialen Außenseitern*. S. 111-119 in: Margret Hamm (Hg.): *Lebensunwert – zerstörte Leben. Zwangssterilisation und „Euthanasie“*.

Frankfurt am Main (VAS) 2005.

Thomas Irmer: Zur Geschichte des Arbeitshauses Rummelsburg in der NS-Zeit. Vortrag, Deutsches Historisches Museum, 12. Juni 2013. [letzter Zugriff 13.9.2015]

Über die Autoren:

Dr. Bernhard Bremberger, Kulturwissenschaftler. Studium der Ethnologie, Musikwissenschaft und Geschichte. Forschungen zur NS-Zeit, insbesondere Zwangsarbeit und Lokalgeschichte in Berlin-Neukölln, außerdem zu Strafvollzug (Zuchthaus Cottbus), Medizingeschichte und Widerstand. www.zwangsarbeit-forschung.de

Lothar Eberhardt, gedenk- und erinnerungspolitischer Basisarbeiter, der seit 1993 verschiedenen Kampagnen und Initiativen zu vergessenen NS-Opfern mitinitiierte.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Stolpern ist nicht schlimm. Materialien zur Holocaust- Education

Von Gerit-Jan Stecker

Was und wie sollen Kinder und Jugendliche über die nationalsozialistische Vernichtung der europäischen Juden, Sinti und Roma und anderer Bevölkerungsgruppen wie etwa Menschen mit Behinderung lernen? Unter dem Fachterminus Holocaust Education sammeln sich verschiedene pädagogische und didaktische Ansätze und Diskussionen. Meist haben sie den Anspruch, die nationalsozialistischen Verbrechen direkt mit einer allgemeinen Moralerziehung zu verknüpfen. Konkrete Opfer-Biographien stehen im Zentrum der Didaktik. Sie sollen Empathie mit den Opfern bewirken. Ziel ist es, dass junge Menschen Bezüge zwischen eigenen Erfahrungen und den historischen Inhalten herstellen können und gegenüber Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit immunisiert werden.

Dabei stellen sich einige Herausforderungen: Etwa können immer weniger Überlebende direkt von ihren Erfahrungen berichten; die Familiengeschichten der Kinder und Jugendlichen sind meist sehr heterogen und damit auch ihre Bezüge zum Holocaust. Vor allem aber - und das ist ein Hauptkritikpunkt - darf der industrielle Massenmord im NS weder banalisiert noch für moralisch-politische Bildung instrumentalisiert werden. Zugespitzt ausgedrückt: Der Holocaust kann nicht ohne Weiteres zur Sensibilisierung für Mobbing herhalten. Vielmehr gilt

Empfehlung Unterrichtsmaterial

es, den historischen Ereignissen verpflichtet, den Prozess der Massenvernichtung zu vermitteln. Und diese sind allein durch Personalisierung nicht unbedingt leichter in ihrer Komplexität vermittelbar, da emotionale Affekte nicht automatisch ein kritisches Geschichtsbewusstsein befördern.

Ziele

Bärbel Völkel, Professorin für Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, ist sich in ihren im Oktober 2015 im Wochenschau Verlag erschienenen Unterrichtsmaterialien „Stolpern ist nicht schlimm. Materialien zur Holocaust-Education“ dieser Herausforderungen bewusst. Sie betrachtet Gedenken als „offene Aufgabe“, aus der Konsequenzen für das Leben in der Gegenwart folgen.

Reale Biographien bilden auch hier den didaktischen Ausgangspunkt. Sie zeichnen exemplarisch die Geschichte der Opfergruppen von den 1920ern bis in die Gegenwart nach. Die Auseinandersetzung mit ihren historischen Kontexten zielt auf die Erkenntnis, dass diese Gruppen noch heute von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind.

Zugleich soll das Unterrichtsmaterial verständlich machen, dass die Vernichtungspolitik nicht plötzlich über Deutschland hereinbrach oder allein von einer kleinen Gruppe Nazis getragen wurde. Vielmehr radikalisierten sich, so Völkel, schon vorhandene naturwissenschaftliche und biopolitische Denkmuster und entwickelten sich „schleichend zur Normalität“: dass die Gesellschaft

Lernen aus der ■ Geschichte ■

als Volksgemeinschaft eugenisch gereinigt werden müsse. Gerade durch den naturwissenschaftlichen Objektivitätsanspruch der Eugenik entwickelte sich in der Weimarer Republik ein gesellschaftlicher Konsens von den Eliten bis zu unterprivilegierten Schichten, der zwischen lebens- und lebensunwerten Menschenleben unterschied. Soziale Konflikte sollten sich biopolitisch befrieden lassen. In Rückbesinnung auf vermeintlich natürliche Reproduktionsprozesse der Gesellschaft schien Entrechtung bis hin zum Mord unausweichlich – rassistisch nach außerhalb, eugenisch nach innerhalb der eigenen (imaginierten) Gemeinschaft gerichtet.

Drittens bringen die Unterrichtsmaterialien Handlungsalternativen während des Nationalsozialismus ins Spiel. Das soll ein Problembewusstsein fördern für „bedingt vergleichbare Entwicklungen in der Gegenwart“ und die Erkenntnis, dass gegenwärtiges Handeln Konsequenzen in der Zukunft haben kann. Weiter soll das Material die Fähigkeit zur pluralen Meinungsbildung und die Ambiguitätstoleranz fördern. Die Heranwachsenden können in der Auseinandersetzung mit der Geschichte – gerade, indem sie die Differenzen zur Gegenwart analysieren – lernen, Mehrdeutigkeiten wahrzunehmen und sie auszuhalten. Sie nehmen Andersartigkeit nicht als Bedrohung wahr oder sind nicht indifferent. Wenn in politischen Entscheidungssituationen der Gegenwart Alternativlosigkeit behauptet wird, soll dies kritisch hinterfragt werden können. Was bedeutet es beispielsweise, wenn NPD-Plakate 2013 „Mehr Geld für Oma statt für Sinti und

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Roma“ werben und es keinen breiten Protest gab?

Didaktisches Konzept

Die Materialien richten sich an die Sekundarstufen I und II. Zum Einstieg setzen sich die Schüler/innen mit dem Zusammenhang von Geschichte, Gegenwart und Zukunft auseinander. Unter dem Titel „Menschen ohne Zukunft“ schließt eine genauere Betrachtung der Opfergruppen des Nationalsozialismus an. Anhand sogenannter Stolpersteine, vor einigen Häusern in die Fußwege eingelassene kleine Gedenktafeln für die Ermordeten, die einst hier wohnten, werden Opfer der Euthanasie, des Antisemitismus, der Homophobie und des Antiziganismus vorgestellt. Die Aufgabe lautet, jeweils herauszufinden, warum ihnen „kein Platz in der deutschen Gesellschaft mehr zugestanden wurde“, welche Handlungs- und Einflussmöglichkeiten die Menschen dieser Zeit hatten und welche – ihrer Wahrnehmung nach – „guten Gründe“ sie für ihre tatsächlichen Handlungen hatten.

Im nächsten Abschnitt folgt eine Einführung in die Themenfelder „Eugenik, (Sozial-)Darwinismus und nationalsozialistische Rassentheorie“ mittels einiger Primärquellen, hauptsächlich aber mit Darstellungstexten. Sie soll die Diskurse der Weimarer Zeit deutlich machen. Leitende Fragen lauten: Wie wurde von wem worüber aus welchem Grund und mit welcher Intention geredet? Was waren die großen Themen der Zeit, wer war darin eingebunden, auf wen haben sie sich bezogen? Welche Spuren könnten sie

hinterlassen haben, wie haben sie sich auf das Handeln der Menschen ausgewirkt? Und: „Wem gehört meine Solidarität?“. Diese Positionen werden mit sozial- und rechtsstaatlichen konterkariert, die auf die Bedingungen für Gesundheit und soziale Stellung eingingen und Gleichheit und Gerechtigkeit verfassungsmäßig garantierten. Der abschließende Teil dieses Abschnitts geht darauf ein, dass das „Dritte Reich“ kein Rechtsstaat war, sondern von willkürlichen, auf Blutsmythos und „gesundem Volksempfinden“ fußenden Maßnahmen geprägt. Dieser Aspekt kommt etwas unvermittelt, da bis dahin die Eugenik den roten Faden durch alle Themenfelder bildete.

Das nächste Kapitel fragt nach Kontinuität und Wandel in der Geschichte. Dabei nehmen Komplexität und Tiefe deutlich zu, in der sich die Schüler/innen mit menschenfeindlichen Ideologien auseinandersetzen. Vorher wurden sie nach ihren Auswirkungen auf die beteiligten Menschen befragt. Nun zeigen zeitgenössische Quellen, dass Kontinuität und Wandel zugleich bestehen. Es wird erkennbar: Mit der Historisierung von Ereignissen verschwinden nicht ohne Weiteres ihre ideologischen Grundlagen. Kontinuität und Wandel lassen sich jedoch nur mit einer vertiefenden Auseinandersetzung mit den Ideologien fassen: Noch immer gibt es Antisemitismus und Rassismus. Diese haben sich allerdings verändert, zum Beispiel in sekundären und antizionistischen Antisemitismus. Viele als Roma diskriminierte Menschen erfahren noch immer schwere Ausgrenzung und die Autorin weist

darauf hin, dass vielen bis heute kaum bewusst ist, was Sinti und Roma im Nationalsozialismus und danach angetan wurde. Die Diskriminierung von Menschen als „Zigeuner“ ist als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen in der Moderne zu verstehen. In biopolitischen Debatten von heute nehmen Komplexität und die Schwierigkeit zu urteilen weiter zu. Dennoch lassen sich in humangenetischen Vorstellungen von unerwünschten Lebensformen Konzepte ausmachen, dass es notwendig zu bekämpfendes Leben gebe. Und biologisierende Argumente können sich nach wie vor der politischen und juristischen Willensbildung entziehen.

Die Bundesrepublik hat homosexuelle Opfer des NS erst 2002 rehabilitiert, bis dahin durften sie keine Entschädigungen oder ähnliches erhalten. Bärbel Völkel nimmt das zum Anlass, die soziale Konstruktion von „sex“ und „gender“ zu thematisieren. Sie diskutiert Rassismus, der nicht von biologischer Unter- und Überlegenheit ausgeht, aber von kulturellen Differenzen zwischen Gruppen, die als unaufhebbar angesehen werden, ebenso wie (post-)koloniale Kontinuitäten, vor allem die Mentalität kultureller Überlegenheit „des Westens“. Unter der Überschrift „Voll Assi – und jeder weiß, was oder wer gemeint ist ...“ geht es um aktuelle, ablehnende Bilder von vermeintlichen Sozialschmarotzern, um Abwertung von sozial Schwachen. Zusammenfassend kann schließlich der Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit reflektiert werden. Das Unterrichtsmaterial endet in Anschluss an Wilhelm Heitmeyer mit der

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Frage, wie heutige Ideologien der Ungleichwertigkeit mit sozialer Ungleichheit in kapitalistisch ökonomisierten Gesellschaften zusammenhängen. Ausschlaggebend für diese ist, dass soziale Benachteiligung als eigenes Verschulden der Betroffenen gilt.

Fazit

„Stolpern ist nicht schlimm“ von Bärbel Völkel bietet anspruchsvolle und tiefgehende Materialien zur Holocaust-Education. Ihre Auseinandersetzung sowohl mit Methoden und Möglichkeiten der historisch-politischen Bildung als auch mit Ideologien der Ungleichwertigkeit in Geschichte und Gegenwart ist äußerst differenziert und auf der Höhe der Zeit. Hervorzuheben ist zum Beispiel die Vertiefung zum Komplex Antiziganismus, die den über die Diskriminierung einer bestimmten Ethnie hinaus gehenden, grundsätzlich mit moderner Formen von Staat und Lohnarbeit verknüpften Gehalt erfasst.

Auf die Heterogenität von Schulklassen geht Völkel ein, indem sie auf einen Input zu arabischen KZ-Häftlingen verweist oder die Erfahrung vieler People of Colour anspricht, oft als Fremde allein aufgrund von Merkmalen wie ihrer Hautfarbe angesprochen zu werden. Didaktisch sticht weiter hervor, dass auf normative Gehalte im Umgang mit Geschichte selbst hingewiesen wird. Konsequenzen bestimmter historischer Prozesse normativ zu verurteilen, ohne zunächst die historische Situation und die damit verbundenen Denkmuster zu erfassen, fördert eben kein historisch-politisches Urteilsvermögen.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Daher ist der Ansatz, mit eugenischen Diskursen Ideologien in den Blick zu rücken, die mit vermeintlich naturwissenschaftlicher Objektivität politische Ziele legitimieren, treffend gewählt.

Kritisch anzumerken wäre jedoch, dass die Darstellung des Antisemitismus zu kurz gerät. Das verschwörungstheoretische Gerücht über die Juden und ihre Identifikation mit dem modernen, für Krisen anfälligen Finanzkapital, findet vergleichsweise wenig Platz. Anhand eugenischer Diskurse einen wichtigen Aspekt der ideologisch-politischen Prozesse zu zeigen, die den nationalsozialistische Massenmord ermöglichten (dass es legitim und notwendig sei bestimmte Bevölkerungsgruppen zu entrechten und zu vernichten), bedarf der Ergänzung. So wird die Differenz zwischen biopolitischer Entrechtung und Vernichtung der europäischen Juden, Sinti und Roma nicht ausreichend klar: Warum hielten es Viele für notwendig, ausgerechnet alle „Juden“ und „Zigeuner“ systematisch umzubringen? Welche Erscheinungsformen von gesellschaftlichen Verwerfungen und Widersprüchen wurden in diesen Opfergruppen naturalisiert und gleichsam stellvertretend bekämpft? Die Knappheit an dieser Stelle ist der Tribut, den eine didaktische Komplexitätsreduktion fordert. Dennoch lässt sich eine Banalisierung und Instrumentalisierung des Holocaust kritisieren. Insofern die Publikation für einen universellen Zusammenhang von Wissen, Macht und Herrschaft sensibilisiert, bleibt zwar die Frage, was es nützt, wiederholt auf die historische

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Einzigartigkeit des NS zu verweisen. Wenn sich aber dadurch irgendwann jemand für universelle Menschenrechte, gegen einen diskriminierenden Mainstream und für Solidarität mit Marginalisierten entscheidet, erweist sich diese Anmerkung als geringfügig.

So schmälert die Universalisierung der Holocaust Education keineswegs den großen Zugewinn an Erkenntnissen und Kompetenzen, den das Unterrichtsmaterial „Stolpern ist nicht schlimm“ bieten kann. In jedem Falle ist es eine Bereicherung für den Unterricht und die historisch-politische Bildung.

Literatur:

Bärbel Völkel: Stolpern ist nicht schlimm. Materialien zur Holocaust-Education (Reihe: Geschichte Unterrichten) (2015). Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts., 112 S., 19,80 €

„Tötung in einer Minute“ - Quellen zur Euthanasie im Staatsarchiv Ludwigsburg

Mindestens 70.000 Menschen fielen zwischen Januar 1940 und August 1941 der sogenannten T4-Aktion zum Opfer. Benannt wurde die Aktion nach der Berliner Adresse Tiergartenstraße 4, wo eine Verwaltungszentrale für den Massenmord aufgebaut wurde. Für die Ermordung dieser Menschen, die die Nationalsozialisten aufgrund ihrer psychischen oder geistigen Verfassung als „lebensunwert“ eingestuft hatten, unterhielt die Regierung mehrere Tötungsanstalten, die sich über den gesamten deutschen Machtbereich verteilten.

Ein Renaissanceschloss auf der schwäbischen Alb

Das ehemalige Renaissanceschloss Grafeneck auf der schwäbischen Alb in der Nähe von Stuttgart wurde als erste der sechs Anstalten im Januar 1940 in Betrieb genommen und diente daher als Vorbild für die Errichtung weiterer Mordzentren. Allein innerhalb des Jahres 1940 starben 10.654 Menschen in den Vergasungsanlagen, die eigens für die Ermordung der zum Tode bestimmten Personen in Grafeneck eingerichtet worden waren. Um den reibungslosen Ablauf der Mordaktion zu gewährleisten, verfügte die Anstalt über einen Personalstamm von etwa 100 Männern und Frauen, die sich aus sehr unterschiedlichen beruflichen Disziplinen rekrutierten. Einige von ihnen, insbesondere der mittleren und unteren Funktionsträger, wurden dabei zur

Arbeit in Grafeneck abkommandiert oder dienstverpflichtet. Gerade das ärztliche Leitungspersonal war jedoch in der Regel völlig freiwillig und aus eigener Überzeugung in der Tötungsanstalt tätig. Die uneingeschränkte Bereitschaft, sich ohne moralische Bedenken an Mordaktionen dieser Art zu beteiligen, basierte vielfach auf sozialdarwinistischen Vorstellungen von Rassenhygiene und Eugenik, die in Deutschland bereits seit dem 19. Jahrhundert verbreitet waren. Die daraus erwachsende Absicht, durch Sterilisation und später auch durch die Tötung „Erbranker“ die „natürliche Auslese“ zu steuern, manifestierte sich im Nationalsozialismus bereits im Juli 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Die Verordnung, die in den darauffolgenden Jahren die Zwangssterilisation von etwa einer halben Million Menschen zur Folge hatte, bildete letztlich auch bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die ideologische und rechtliche Grundlage, die später das systematische Töten im Zeichen der „Euthanasie“ - dem „schönen Tod“, wie die Aktion von der nationalsozialistischen Führung euphemistisch bezeichnet wurde – möglich machte.

Online-Ausstellung zur T4-Aktion

Auf der Website des Staatsarchivs Ludwigsburg findet sich seit 2004 eine Online-Ausstellung, die von den Historiker/innen Dr. Martin Häußermann und Carmen Haug im Auftrag des Archivs erarbeitet wurde. Wenngleich das Layout und die Seitennavigation nicht mehr ganz den aktuellen Nutzungsgewohnheiten entsprechen, so bietet

die Ausstellung doch eine interessante und vielseitige Auswahl an historischem Quellenmaterial. Dabei liegt der Fokus primär auf den Vorgängen in Grafeneck, insbesondere der einleitende Teil liefert jedoch auch zahlreiche allgemeine Informationen zu Organisation und Ablauf der T4-Aktion, zu den Opfer- und den Täterstrukturen, sowie zu den anderen Tötungsanstalten – Sonnenstein, Hadamar, Bernburg, Brandenburg und Hartheim – in denen ebenfalls Tausende von Menschen ermordet wurden.

Quellenmaterial zu Grafeneck

Neben mehreren kurzen einleitenden Texten stellt die Online-Ausstellung umfangreiche und aussagekräftige historische Dokumente zur Verfügung. Dabei geben verschiedene Blätter, Formulare und Berichte aus Krankenakten einzelner Menschen, die im Zuge der T4-Aktion ermordet oder zwangssterilisiert wurden, einen Einblick in die Vorgehensweise der Täter. Diese legen für jede Person, die sich in einer Heil- oder Pflegeanstalt im Deutschen Reich aufhielt, eine sogenannte „Erbgesundheitsakte“ an, in der retrospektiv, beginnend mit der Anzeige eines Verdachtsfalles, der Leidensweg der betroffenen Personen von der standardisierten Prüfung ihrer Fälle bis zu den chirurgischen Eingriffen oder gar ihrer Ermordung nachgezeichnet werden kann. Weitere Dokumente wie Transportlisten, Meldebögen, Todesbenachrichtigungen und ein Bericht eines in leitender Funktion tätigen Arztes geben zusätzliche Einblicke in den organisatorischen Ablauf der Aktion und die spezifischen Gegebenheiten vor Ort.

Vernehmungsprotokolle und Zeitungsartikel eröffnen schließlich den Blick auf die juristische Aufarbeitung des Geschehens, sowie auf die individuellen Rechtfertigungsmuster und Vermeidungsstrategien im Kontext einer Übernahme der Verantwortung einzelner Täter.

Implementierung in den Unterricht

Durch die Vielfalt der ausgewählten Dokumente lässt sich anhand der Ausstellung ein recht detailliertes Bild von den Abläufen im Rahmen der T4-Aktion zeichnen, wenngleich jedoch die allgemeinen Informationen im einleitenden Teil sehr kurz gehalten sind. Es empfiehlt sich daher, für die Thematisierung im Unterricht weiterführende Fachliteratur hinzuzuziehen. Die ausgewählten Quellen eignen sich jedoch hervorragend, um mit Jugendlichen die Bedeutung einer kritischen Quellenanalyse insbesondere im Kontext des Nationalsozialismus zu debattieren.

Netzdebatte Sterbehilfe - „Euthanasie“ in Vergangenheit und Gegenwart

Auf ihrer Homepage bietet die Bundeszentrale für Politische Bildung ein Diskussionsforum, die „Netzdebatte“. Bisher widmeten diese sich vor allem netzspezifischen Themen, anlässlich einer Gesetzesentscheidung des Bundestags im Herbst 2015 gilt der aktuelle Schwerpunkt jedoch der „Sterbehilfe“. Die Diskussion kreist um die Fragen: „Was ist selbstbestimmtes Sterben? Wer entscheidet, welche Leiden ertragbar sind und welche nicht? Wie sieht ein würdevolles Lebensende aus? Und was heißt eigentlich ‚selbstbestimmt‘?“.

Dazu versammelt die pbp verschiedene Positionen von der Kirche bis zur Zivilgesellschaft, stellt zehn Faktenkarten zur Begriffsklärung („Sterbehilfe“, „Patientenverfügung“ usw.) und Rechtslage in Deutschland, ein gut einminütiges Video über „Würde, Selbstbestimmung und sozialen Druck“ und einen Podcast zur Verfügung.

Die Jenaer Soziologin Stefanie Graefe wirft unter dem Titel „Schöner Tod?“ einen Blick auf „Euthanasie“ in Vergangenheit und Gegenwart“. Sie vergleicht Publikationen und Debatten zur Eugenik vor 1945 mit den Diskussionen zum „selbstbestimmten Sterben nach dem Nationalsozialismus.“

Graefe beginnt mit den Überlegungen des Psychologen Alfred Jost, der bereits 1895 ein individuelles „Recht auf den Tod“ gefordert hat. Wörtlich lässt sich Euthanasie übersetzen mit glücklicher, ehrenhafter, guter Tod.

Gemeint ist in der modernen Debatte jedoch nicht nur ein selbstbestimmter Tod, möglichst frei von Leid. Schon bei Jost tritt die Unterscheidung von „lebenswertem“ und „minderwertigem“ Leben dazu. Das bis dahin unbekannte Massensterben im Ersten Weltkrieg und die katastrophale Situation in staatlichen Fürsorge- und Heilanstalten in den Jahren danach bestärken Diskurse, die den grundsätzlichen Wert menschlichen Lebens in Frage stellen. Der Arzt Alfred Hoche und der Jurist Karl Binding forderten 1922 programmatisch „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Sie stellten sich „die Gesellschaft“ als dem Individuum übergeordnet vor, die natürlicherweise eine „bewusste Abstoßung“ von „Defektmenschen“ vornehme. Diese Einstellung bildete in den 1920er-Jahren in der deutschen Bevölkerung eine Mehrheit. Mit den Massenmorden an Kranken und Patienten durch die „Aktion T4“ wird die Ideologie vom lebensunwerten Leben praktisch umgesetzt.

Nach 1945 habe es dann, so Graefe, keine gesellschaftliche Debatte gegeben. Erst mit der Organtransplantation und dem Hirntod-Kriterium entwickelte sich ab den 1970er-Jahren ein neuer Diskurs: Das Konzept der Patienten-Autonomie am Lebensende wird nun der ärztlichen Maxime gegenüber gestellt, um jeden Preis das Leben zu schützen.

Folgt man der plausiblen, auf viele historische Quellen gestützten Argumentation, was könnte daraus für die historische Bildung folgen? Zunächst, den sozialdarwinistischen Glauben in seiner geschichtlichen Besonderheit wahrzunehmen. Dass sich der

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

Wert eines Lebens an seiner gesellschaftlichen Produktivität bemesse und das Individuum der vermeintlichen Gesellschaft bzw. der Volksgemeinschaft untergeordnet sei, dass es gesellschaftlich lebensunwertes Leben gebe, spielt bei gegenwärtigen Debatten um Sterbehilfe nämlich keine direkte Rolle. Allerdings lässt sich durch den genauen historischen Blick diskutieren, inwieweit das Produktivitätskriterium heute von den Individuen soweit verinnerlicht ist, dass die gesellschaftlichen Bedingungen einer vermeintlich autonomen Entscheidung für den Tod – wie etwa zunehmende Altersarmut – auch theoretisch ausgeblendet werden.

Literatur:

Stefanie Graefe: Autonomie am Lebensende. Biopolitik, Ökonomisierung und die Debatte um Sterbehilfe, Campus, Frankfurt a.M. / New York, 2014

Adolf Jost: Das Recht auf den Tod. Sociale Studie, Göttingen 1895

Karl Binding, Alfred Hoche: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form, 2. Aufl. Leipzig 1922

Paul Bernhard Braune und die Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal

Etwa 15 Kilometer nordöstlich von Berlin gründete der Leiter der bekannten Wohlfahrtsanstalt Bethel, Pastor Friedrich von Bodelschwingh, im Jahr 1905 den Verein „Hoffnungstal e.V.“. Ziel der Einrichtung sollte es sein, die überfüllten und sich zum größten Teil in einem erbärmlichen Zustand befindlichen Obdachlosenasylo Berlins zu entlasten und arbeits- und obdachlosen Menschen, sogenannten „Wanderern“, dauerhafte Zuflucht und Hilfe zu bieten.

Paul Bernhard Braune

Ab 1922 wurde die Einrichtung geleitet von dem Schwedter Dorfpfarrer Paul Bernhard Braune. In den folgenden Jahren gelang es, nicht zuletzt aufgrund des unermüdlichen Engagements Braunes, die Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal zum größten Verbund von Wandererfürsorgeeinrichtungen im Deutschen Reich mit etwa 1.400 Plätzen auszubauen. Neben seiner Arbeit in Lobetal wurde Braune außerdem auch auf überregionaler Ebene aktiv, unter anderem als Mitglied des Central-Ausschusses für Innere Mission.

Zwangssterilisationen

Im Rahmen seiner Tätigkeiten für den Central-Ausschuss befasste sich Braune schon bald mit verschiedenen Fragen der Eugenik. Als schließlich 1933, kurz nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, über das „Gesetz zur Verhütung erbkranken

Nachwuchses“ debattiert wurde, sprach sich Braune noch gegen dessen Verabschiedung sowie die darin behandelten Vorgehensweisen aus. Bereits kurze Zeit später revidierte er jedoch seine Einstellung und erklärte die Zwangssterilisation unter anderem von „berufsmäßigen Bettlern, krankhaften Wanderern und notorischen Trinkern“ als probates Mittel, um „diese Leute für das Volk unschädlich zu machen“.

„Euthanasie“

Während Braune und damit die Linie der Hoffnungstaler Anstalten also in den ersten Jahren des Dritten Reiches noch weitgehend den nationalsozialistischen Vorstellungen entsprach, änderte sich seine Haltung grundlegend, als sich in der ersten Jahreshälfte des Jahres 1940 die Tötungsabsichten des Regimes nicht länger leugnen ließen. Gemeinsam mit dem Gründer der Einrichtung, Friedrich von Bodelschwingh, aktivierte Braune nun seine vielzähligen Kontakte zu Mitarbeitern verschiedener Ministerien, unter anderem zu Hans Dohnanyi, Karl Bonhoeffer, Reichjustizminister Franz Gürtner und Reichskirchenminister Hanns Kerrl. Ziel der Interventionen der beiden Männer war es zum einen, konkret die Bewohner ihrer Anstalt vor der „Verlegung“ in eines der Zentren der T4-Aktion zu schützen, und zum anderen auf diplomatischem und stillem Wege die Einstellung der „Euthanasie“-Morde zu erwirken. Zu diesem Zwecke verfasste Braune im Laufe des Frühsommers 1940 außerdem eine 12-seitige Denkschrift mit dem Titel „Betrifft: Planwirtschaftliche Verlegung von Insassen der

Lernen aus der Geschichte

Vorstellung Lernort

Heil- und Pflegeanstalten“, in der er sich offen und deutlich gegen die Ermordung kranker und behinderter Menschen aussprach.

In Gestapo-Haft

Aufgrund seiner vielfältigen Bemühungen und Tätigkeiten mit dem Ziel, die Tötungsaktion zu stoppen und seine Schutzbefohlenen zu retten, wurde Paul Bernhard Braune wenige Wochen nach der Herausgabe seiner Denkschrift am 12. August 1940 festgenommen und in die Berliner Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße verbracht. Dort blieb er bis er sich schließlich am 31. Oktober dazu bereit erklärte, eine Erklärung zu unterschreiben, nach der er fortan „nichts wieder gegen den Staat und die Partei unternehmen sollte“. Braune, der die Rechtsstaatlichkeit des Regimes nun aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen grundlegend infrage stellte, versuchte auch im Anschluss an seiner Haftzeit, sowohl die Bewohner/innen der Anstalt als auch mehrere Jüdinnen und Juden zu retten, die er unter falschem Namen in Lobetal vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten schützte. Trotz seiner Bemühungen gelang es ihm jedoch nicht, die Deportation von dreizehn Juden und Jüdinnen durch die Gestapo im April 1942 zu verhindern. Inzwischen findet sich im Zentrum Lobetals ein Gedenkstein, der an die Deportierten erinnert. Die Hoffnungstaler Stiftung, die sich heute in erster Linie der Betreuung alter und behinderter Menschen, sowie der Unterstützung von Abhängigkeitskranken widmet, hat sich in den vergangenen Jahren darum bemüht, die Geschichte des Ortes sowie seines wichtigsten

Akteurs Paul Bernhard Braunes zu rekonstruieren. Heute können Schulklassen und andere Interessierte den Ort besuchen und sich ein Bild von der historischen Situation vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg machen.

Informationen und Kontakt

Hoffnungstaler Stiftung Lobetal, Bodelschwingstraße 27, 16321 Bernau OT Lobetal

Jan Cantow (Archivleiter)

Tel.: 03338-66/790

Fax: 03338-66/792

E-Mail: j.cantow@lobetal.de

Web: www.lobetal.de

Literatur:

Cantow, Jan: Paul Gerhard Braune (1887 - 1954). Ein Mann der Kirche und Diakonie in schwieriger Zeit. Kohlhammer Verlag 2005, 352 Seiten

Cantow, Jan; Stockhecke, Kerstin (Hrsg.): Friedrich von Bodelschwing und Paul Gerhard Braune: Briefwechsel 1933-1945. Wichern Verlag 2011, 288 Seiten.

Der Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4

In der Nähe des Potsdamer Platzes in Berlin, zwischen Kulturforum und Siegessäule bleiben einige Tourist/innen bei einer merkwürdigen blauen Glasscheibe stehen. Etwa zwanzig Meter lang und von der einen Seite flankiert von einem ebenso langem Steinsockel, befindet sie sich direkt vor der Berliner Philharmonie, abgesenkt zwischen grünem kurzen Rasen, der eingefasst wird von weißen Schwellen. Gegenüber erstreckt sich der Tiergarten, daneben gibt es zwei leere Bushaltestellen und eine große Skulptur aus rostigem Eisen. Geht man um das Kunstwerk herum, stößt man auf eine Bronzeplatte, im Boden eingelassen. Ihre Inschrift schließt: „Die Zahl der Opfer ist groß, gering die Zahl der verurteilten Täter.“

Gemeint sind die vergessenen Opfer der NS-„Euthanasie“. An sie und an die vielen Täter/innen erinnert der „Gedenkort T4“. Aktion T4“ hieß das nationalsozialistische Vernichtungsprogramm, in dessen Rahmen bis 1945 ca. 300.000 Kinder, Frauen und Männer mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung systematisch ermordet wurden. Eine psychiatrische Gutachterkommission entschied ab Oktober 1939 in der Villa Tiergartenstr. 4 allein aufgrund der Angaben in einem „Meldebogen“ über das Schicksal der Betroffenen. Ein rotes Plus bedeutete Tötung, ein blaues Minus Überleben. Die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik sollte eine „erbgesunde arische Rasse“ schaffen.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten sozialdarwinistische Ideen auch in anderen Ländern Europas und in den USA Eingang in die modernen Wissenschaften Eugenik und Rassenhygiene gefunden. Im NS setzte sich die Vorstellung durch, dass Individuen einen Wert für die Gesamtbevölkerung haben müssten, der sich an ihrer Produktivität bemisst. Trotz der hohen Opferzahl sind erst wenige Tausend Namen öffentlich zugänglich, noch weniger ihrer Geschichten sind bekannt.

Räumliche Erfahrung am Ort der Täter

Die Villa in der Tiergartenstraße 4 wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, ihr Gelände ist heute Teil des Kulturforums. Am historischen Ort befindet sich seit September 2014 ein Gedenk-Ensemble mit mehreren für die historisch-politische Bildung interessanten Ebenen: Die unmittelbare Aufgabe, eine Irritation im Stadtbild zu erzeugen und damit an die Verbrechen zu erinnern, die an diesem Ort eine beispiellose Systematik erhalten haben, scheint das Ensemble zu erfüllen. Die gläserne Wand richtet sich wie ein Keil zur Philharmonie aus. Passanten bleiben verwundert stehen, suchen Informationen.

Mit Schulklassen lässt sich anhand der Wand etwa das Thema Selektion mittels der ideologisch-politischen Kategorien „lebenswertes – minderwertiges Leben“ aufgreifen und räumlich erfahrbar machen. Durch die Schwellen begrenzt, die den Grundriss des ehemaligen Gebäudes Tiergartenstrasse 4 nachzeichnen, werden die Besucher/innen

gewissermaßen zur Konfrontation mit der kaum sichtbaren Trennwand genötigt und zugleich auf diesen politischen Raum festgelegt. Diese Trennung ist dennoch in zwei – vielleicht zeitlich zu verstehende – Richtungen offen und kann jederzeit umgangen werden. Inwiefern dies gewollt ist, bleibt unausgesprochen, die Seiten der Glaswand sind nicht betitelt.

Von der Eugenik zu vergessenen Opfern

Auf der zweiten Ebene klärt das Mahnmal über die „Aktion T4“ und ihren Zusammenhang auf. Der lang gezogene Sockel neben der Scheibe erzählt die Geschichte der „Euthanasie“-Morde: der Weg von der Wissenschaft der Eugenik, d.h. der Rassenhygiene zur „Bürokratie des Todes“; wer Täter/innen, Mitwissende und Profitierende waren; wer die Opfer. Ein Abschnitt berichtet über die Entwicklung nach 1945 und den für viele Opfer vergeblichen Kampf um Anerkennung und Entschädigung. Die Geschichte des Erinnerungsortes bis heute und die Bemühungen, historische Bilder und Dokumente für die Aufarbeitung überhaupt sicher zu stellen, werden vertiefend dargestellt.

Abschließend können sich die Besucher/innen einen „T4-Meldebogen“ für die ermordete Klara B. im Detail anschauen. Er eignet sich für die Quellenarbeit im Unterricht. Aus ihm lassen sich die verschiedenen Dimensionen der Vernichtung durch „Euthanasie“ diskutieren: Bürokratie und Schreibtischtäter; die für Leben oder Tod entscheidende Rolle der vermeintlichen Arbeitsfähigkeit;

die weiteren zentralen Faktoren, wie lang der Klinikaufenthalt schon dauert, die „Rassenzugehörigkeit“ und ob es Angehörige gibt, die regelmäßig zu Besuch kommen – und bei Verschwinden des Patienten nachfragen oder sogar protestieren könnten. Das Formular bietet darüber hinaus einen Ansatz, um über die Willkür der Selektion zu diskutieren. Denn obwohl Lernschwäche mindestens zur Sterilisation führen konnte, diagnostizierte der/die T4-Mitarbeiter/in selbst „Schüzephrenie“ auf dem Beispiel-Meldebogen. Und während über den Mord der Patienten entschied, ob sie vermeintlicher Nutzen oder Ballast für die „Volksgemeinschaft“ seien, ergänzt ein Hinweis zum Todesdatum, dass die psychiatrische Anstalt noch mehrere Monate nach dem Mord Pflegegelder für Klara B. kassierte.

Zuletzt sind die zahlreichen Orte der „Euthanasie“-Morde in Nazi-Deutschland auf Karten zu sehen.

Die einzelnen Beiträge sind mit Bildern und Dokumenten illustriert, kurze Biographien von Opfern und Täter/innen erinnern daran, dass die pseudo-wissenschaftlichen und bürokratischen Schriften konkrete Menschen betrafen und nur durch verantwortlich Handelnde möglich waren. Alles kann auf Deutsch, Englisch, Leichter Sprache und in Blindenschrift gelesen werden. Ein Video gibt alle Texte zum Hören und in Gebärdensprache wieder.

Schichten der Erinnerungspolitik

Auf einer weiteren Ebene ermöglicht es der Gedenkort T4, Erinnern und Geschichts-

schreibung als politischen Prozess zu reflektieren. Beispielsweise können Jugendgruppen die verschiedenen Elemente suchen, die ihrer Vermutung nach eine Gedenkfunktion haben. Sie finden Tafeln in den zwei Bushaltestellen, die Bronzetafel im Boden, die Skulptur von Richard Serra und die Dokumentation, wie langwierig und mühsamen die vergessenen Opfer, ihre Angehörigen und solidarische Initiativen für den Gedenkort kämpfen mussten. Aussagekräftig ist zum Beispiel, dass der Berliner Senat erst 1988 zum Gedenken beitrug – indem er die rostige Großplastik von Serra, die ursprünglich für die deutsche Teilung durch den sogenannten Eisernen Vorhang stand, kurzerhand umwidmete. Die Bodentafel von Volker Bartsch kam 1989 dazu. Das heutige Denkmal von Ursula Wilms, Heinz W. Hallmann und Nikolaus Koliusis wurde im September 2014 eingeweiht, fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Vielfältiges Ergänzungsmaterial und „andersartig gedenken“

Ein Katalog zum Gedenkort erscheint am 5.11.2015. Damit lassen sich Unterricht, Workshop und Seminar stützen, er versammelt Quellen und ebenso prägnante wie vertiefende Texte zur Geschichte von „Euthanasie“, Eugenik und zum Gedenken am historischen Ort.

Ebenfalls Anfang November wird der neu überarbeitete virtuelle gedenkort-t4.eu freigeschaltet. Auf der Website wird neben einer Mediathek umfangreiches Material zu finden sein: ca. 100 Biographien von

Opfern, Lebenswege von Täter/innen und der Tiergartenstrasse 4 als ihrer Schaltzentrale, zu Zwangssterilisation, den verschiedenen Tötungsanstalten und zum Widerstand gegen die Aktion. Der Schul- und Amateurtheater-Wettbewerb „andersartig gedenken“ prämiert Theaterprojekte „gegen das Vergessen“ und stellt Opfer-Biographien in den Mittelpunkt. Einsendeschluss ist der 29. April 2016. Außerdem erscheint die Publikation »Tiergartenstraße 4. Schaltzentrale der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹-Morde« von Annette Hinz-Wessels. Am 5. November 2015 wird diese zusammen mit dem neuen Ausstellungskatalog im Dokumentationszentrum der Topographie des Terrors in Berlin präsentiert werden.

Zur historisch-politischen Reflexion mit Jugendlichen gut geeignet ist der Umstand, dass nach dem öffentlichen Protest des Münsteraner Bischofs Graf von Galen das offizielle Vernichtungsprogramm T4 1941 gestoppt wurde. Hier bieten sich Diskussionen über historische individuelle Handlungsspielräume im historischen Kontext an. Da das Morden inoffiziell in vielen Anstalten weiter ging, liegt die Frage nahe, ob NS-Morde nur auf Befehl oder oft aus ideologischen Motiven durchgeführt wurden. Dass es soziale Normen sind, die festlegen, was gesund und „normal“ gilt und was nicht, kann am Beispiel von Opfer-Biographien reflektiert werden, die als homosexuell – also als vermeintlich krank - denunziert wurden. Und schließlich, inwieweit ist die Abwertung sozial Schwacher v.a. nach Kriterien ihrer Verwertbarkeit heute noch aktuell?

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Vorstellung Lernort

Möglich wäre dabei ein Bezug auf zeitgenössische Bestseller wie Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“.

Der Gedenkort T4 und das ergänzende Material bietet insgesamt sehr viele Möglichkeiten für die historisch-politische Bildung.

Web:

<http://www.gedenkort-t4.eu/>

<http://www.andersartig-gedenken.de/startseite/>

Literatur:

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hg.): Tiergartenstrasse 4. Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹-Morde, Bonifatius Paderborn 2015, ISBN 978-3-942240-18-5

Annette Hinz-Wessels: Tiergartenstraße 4. Schaltzentrale der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹-Morde, Ch. Links Verlag Berlin 2015, ISBN 978-3-86153-848-6

Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus

Von Gerit-Jan Stecker

Im Juli 1933 erließ die deutsche Reichsregierung das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. In der Folge wurden unzählige Menschen entrechtet, zwangssterilisiert, in Anstalten gesperrt. Patient/innen, die als nicht arbeitsfähig eingestuft wurden, wurden später im Rahmen der „Aktion T4“ massenweise ermordet. Erst 2007, nach jahrzehntelangem Kampf des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, ächtete der deutsche Bundestag dieses Gesetz und rehabilitierte die Opfer.

Die „Landes-Pflegeanstalt Brandenburg an der Havel.“

In der Stadt Brandenburg errichtete der NS-Staat im Dezember 1939 die „Landes-Pflegeanstalt Brandenburg a. H.“. Sie war nicht nur eine der ersten Krankenmordanstalten. In einem ehemaligen Zuchthaus führten hochrangige NS-Funktionäre eine „Probetötung“ durch: Sie setzten erstmals im Reichsgebiet Giftgas ein und ermordeten eine Gruppe von Psychatriepatienten (zuvor gab es schon Patientenmorde, dafür wurden die Opfer ins besetzte Polen verlegt). Mit der „T4-Sonderaktion“ gegen jüdische Patienten im Sommer 1940 fand mitten in Brandenburg a. d. H. der erste Massenmord an europäischen Juden im Deutschen Reich statt. Im Oktober 1940 wurde die

„Euthanasie-Anstalt“ von Brandenburg nach Bernburg verlagert. Wahrscheinlich, weil der Mord – insbesondere die Verbrennung der Ermordeten in Krematorien – zu zentral in dieser mittelgroßen Stadt stattfand, und nicht zuletzt aufgrund des Protestes des Münsteraner Pastors Gerhard Paul Braune gegen die sogenannte Sterbehilfe. Zahlreiche Mitarbeiter übertrugen anschließend die in Brandenburg entwickelte Tötungstechnik mit Giftgas in die NS-Vernichtungslager und übernahmen Schlüsselpositionen in der „Aktion Reinhard“, der Vernichtung der ins besetzte Polen deportierten Juden.

Als letzte der sechs „Euthanasie-Anstalten“ erhielt Brandenburg im Jahr 2012 eine Gedenkstätte mit Dauerausstellung und Gedenkort – mittlerweile auch mit pädagogischem Angebot. Im selben Jahr ist ein Band zur Euthanasie-Anstalt Brandenburg a. d. H. erschienen, heraus gegeben von den Historikerinnen Astrid Ley und Anette Hinz-Wessels. Darin dokumentieren die Autorinnen die Ausstellungsinhalte und stellen in ihrer Einleitung die zentralen Ergebnisse ihrer Grundlagenforschung vor, die sie im Rahmen der Ausstellungsvorbereitung für die neue Gedenkstätte durchführten. Dabei konnten sie sich auf zahlreiche junge Publikationen zu einzelnen Krankenanstalten in der Region stützen, besonders auf die Schriftenreihe „Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg“, auf ein Gedenkbuch für die ermordeten Psychatriepatient/innen und eine Opferdatenbank, die parallel zur Dauerausstellung entstanden sind.

Die Forschungsergebnisse

Nach einem Geleitwort von Margret Hamm, Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, und Prof. Günther Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, stellen Ley und Hinz-Wessels das Ausstellungskonzept vor. Anschließend fassen sie ihre Forschungsergebnisse zur Geschichte der „Euthanasie“-Anstalt Brandenburg zusammen: Zunächst, dass die „Probetötung“ den Ablauf testen, ärztliche Einwände zerstreuen und einige Mediziner, wie den späteren Leiter der Brandenburger Tötungsanstalt Irmfried Eberl, mit der „Methode“ vertraut machen sollte. Die bauliche Struktur beinhaltete zwei mobile Verbrennungsanlagen, deren Schlote allerdings zu kurz waren. Dadurch waren in der Stadt regelmäßig Flammen und Rußwolken zu sehen.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autorinnen den Opfern. Für mehr als die Hälfte der Ermordeten konnten neben Namen und Geschlecht auch Diagnose und Lebensdaten ermittelt werden. Das älteste Opfer war 87 Jahre alt, die jüngsten nur zwei. Insgesamt wurden im Vergleich zu den gesamten Opferzahlen der „Aktion T4“ in Brandenburg mehr Kinder und Jugendliche umgebracht und wesentlich mehr Männer. Letzteres lag an der gezielten Selektion forensischer Patienten. Einige dieser Menschen befanden sich erst wenige Tage oder Wochen in Anstalten, andere Psychiatrisierte schon seit dem 19. Jahrhundert.

Die häufigste Diagnose (49 Prozent)

„Schizophrenie“, zu einem knappen Drittel „Schwachsinn“. Allerdings fielen unter diese Gruppe nicht nur Menschen mit verschiedenen geistigen Behinderungen, sondern auch sogenannte moralisch Schwachsinnige, also Personen, deren Verhaltensweise als sozial abweichend galt. Beispielsweise eine junge Frau, der vorgeworfen wurde, seit ihrem 14. Lebensjahr Geschlechtsverkehr mit wechselnden Partnern gehabt zu haben. Der drittgrößten Opfergruppe wurde „Epilepsie“ diagnostiziert. Schließlich bestätigen die Autorinnen die jüngere Euthanasie-Forschung, insofern nur ein geringer Teil der Zwangssterilisierten auch der „Aktion T4“ zum Opfer vielen. Das bedeutet, dass „Euthanasie“ im NS nicht primär die „Rassenhygiene“ radikalisierte. Ermordet wurden – neben als jüdisch Klassifizierten – in Brandenburg vor allem Menschen, die als nicht arbeitsfähig eingestuft wurden und aufgrund ihrer sozialen Herkunft auf staatliche Hilfe angewiesen waren.

Dimensionen des Krankenmordes

Nach dieser einleitenden Zusammenfassung der Forschungsergebnisse und einigen Bildern der Ausstellung steigt der Band in den Hauptteil ein. Er gibt zunächst einen knappen Überblick über die historischen Grundlagen der „NS-Rassenhygiene“, die „Aktion T4“ und die Geschichte des Ortes.

Zahlreiche Quellen – z. B. Historische Filmausschnitte, Fotos und Unterrichtsmaterial – illustrieren das ideologische Klima und die NS-Propaganda. Akteure wie der medizinische Leiter der Euthanasie-Morde, der

Psychiatrieprofessor Werner Heyde, oder der „Euthanasie-Beauftragte“ Phillip Bouhler, Leiter der „Kanzlei der Führers“, werden kurz vorgestellt. Interessante Exponate wie ein Flugblatt der Alliierten, die 1941 über Deutschland abgeworfen wurden und über die Morde aufklärten, illustrieren die Ausmaße.

Anschließend wird die wechselvolle Geschichte des ehemaligen Alten Zuchthauses Brandenburg dargestellt, von der Gründung als Armenhaus über die kurze Verwendung als Konzentrationslager von 1933 bis 1934 bis zur Einrichtung der Tötungsanstalt.

Der nächste Abschnitt stellt die an der „Probetötung“ mit Giftgas beteiligten NS-Funktionäre vor. Es folgt eine detaillierte Darstellung der T4-Morde in Brandenburg an über 9.000 Menschen: die Bürokratie, die Organisation und das Personal der Tötungsanstalt; die aufwändige Verschleierung des Mordens mit gefälschten Todesurkunden und „Trostbriefen“; wer die Opfer waren, woher sie kamen. Dabei haben sich Ley und Hinz-Wessels gegen eine Anonymisierung der Opfernamen entschieden. Während die meisten Ermordeten anonym verscharrt wurden und sie nach 1945 lange Zeit vergessen blieben, sollen sie auf diese Weise ihre Identität zurück erhalten.

Einen besonderen Teil nehmen die mindestens 340 Kinder ein, die in Brandenburg ermordet wurden. Die Tötung einiger Kinder war langfristig geplant, um sie dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung zur pathologischen Untersuchung zu überlassen.

Mindestens 25 Publikationen gehen auf die Ermordung von Psychiatriepatient/innen zurück – die meisten wurden nach 1945 veröffentlicht.

Der „Auftakt zum Holocaust“, d.h. die „T4-Sonderaktion“ gegen jüdische Patienten bildet ein weiteres Kapitel, ebenso wie der von Wenigen organisierte Widerstand gegen den Krankenmord, vor allem durch Christen und einem Vormundschaftsrichter. Letzterer wurde in den Ruhestand versetzt, größere Konsequenzen hatten Protestierende offenbar nicht zu befürchten.

Abschließend beleuchten die Ausstellung und der Begleitband weitere Krankenmorde und den Transfer von T4-Tötungstechnologie und Personal, etwa in die Vernichtungslager Sobibór und Treblinka. Ley und Hinz-Wessels behandeln zudem die Strafverfolgung von Euthanasie-Verbrechen nach 1945. In Westdeutschland fanden die meisten Prozesse vor 1950 statt, die wenigen Urteile danach fielen oft zugunsten der Täter/innen aus. In der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR gab es ab 1946 vergleichsweise viele Prozesse mit zum Teil harten Urteilen. Nach 1952 wurden diese fast völlig eingestellt. Nach 1945 waren die Krankenmorde in der Stadt Brandenburg a. d. H. im öffentlichen Bewusstsein präsent, Gedenkveranstaltungen erinnerten an die Verbrechen. Mit dem schnellen Abriss und der Umnutzung von Teilen der Anstalt schwand jedoch auch die Erinnerung. Bis zur Einrichtung einer Freiluftausstellung im Jahr 1997 erinnerte nur eine Gedenktafel an die Tötungsanstalt.

Fazit

Was für die Ausstellung, ihrer Materie geschuldet, möglicherweise ein kleiner Nachteil sein kann, nämlich ihre im Verhältnis zum Medien- und Quelleneinsatz hohe Textlastigkeit, wird im Begleitband zum Vorteil: Bis auf einige, geringfügige Redundanzen stellt dieser eine zugängliche – und damit sehr gelungene – Einführung in den komplexen Zusammenhang der nationalsozialistischen Eugenik und „Euthanasie“ dar.

Web:

<http://www.stiftung-bg.de/>

Literatur:

Astrid Ley, Anette Hinz-Wessels (Hg): Die Euthanasie-Anstalt Brandenburg an der Havel. Morde an Kranken und Behinderten im Nationalsozialismus, Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 34, Metropol Verlag, Berlin 2012 Empfehlung Film

Der vernichtende Blick auf behinderte Menschen

Von Anne Lepper

Primo Levi überlebte das Lager Auschwitz-Monowitz, da seine Fähigkeiten als promovierter Chemiker in den dort produzierenden Buna-Werken gebraucht wurden. In seinen Erinnerungen schilderte er, wie er dem leitenden Ingenieur der chemischen Abteilung, Dr. Pannwitz, gegenübertrat, und dieser mit einem einzigen, herabwürdigenden Blick über dessen Leben und Tod entschied: „Der jene blauen Augen und gepflegten Hände beherrschende Verstand sprach: Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist...“

„Der Pannwitzblick“

Das Zitat, dessen Aussage Levi als symptomatisch für das „Wesen des großen Wahnsinns des Dritten Reiches“ verstand, diente 1991 – vier Jahre nach Levis Freitod – als Ausgangspunkt für einen Dokumentarfilm, der den gesellschaftlichen Blick auf Menschen mit Behinderung thematisiert. Der Macher des Films, Didi Danquart, hat dabei sehr unterschiedliche filmische Mittel und Perspektiven zu einer fast poetisch anmutenden Collage verbunden, in der die Kontinuität und die Bedingungslosigkeit des

„Pannwitzblicks“ innerhalb der Gesellschaft auch nach der Zeit des Nationalsozialismus deutlich wird. Nationalsozialistisches Propaganda-Material aus den 1930er Jahren, das für die gesellschaftliche Akzeptanz eugenischer Ideen warb und so die spätere systematische Ermordung behinderter und psychisch kranker Menschen vorbereitete, wird neben die persönlichen Erzählungen und Erfahrungen behinderter Menschen und neben Beiträge zur Anfang der 1990er Jahre kontrovers geführten Sterbehilfedebatte gestellt. Dabei wird deutlich: Die Massenvernichtung der von den Nationalsozialisten als „lebensunwert“ bezeichneten Menschen gibt es zwar gewiss seit 1941 nicht mehr, doch hat sich die Einstellung und der Blick der Mehrheitsgesellschaft auf Menschen mit Behinderung bis in die Gegenwart nicht grundlegend geändert.

Nach wie vor gilt Behinderung grundsätzlich als an eine vermeintliche Normalität anzu-passende Abweichung. Die Sicht auf Menschen, die der gesellschaftlichen Norm nicht entsprechen, ist daher geprägt von Angst und Abneigung. Diese Gefühle, so schildert es Theresia Degener, wandeln sich nicht selten in offen gelebte und verbalisierte Aggression gegen behinderte Menschen. Die Professorin und Juristin, die als eines der Opfer des Contergan-Skandals ohne Arme auf die Welt kam, trat als kleines Kind gegen ihren eigenen Willen als Protagonistin

Lernen aus der

■ Geschichte ■

in einem Werbefilm der Prothesen-Industrie auf, in dem sie – nur mit einer Unterhose bekleidet – ihren Körper zur Schau stellen und verschiedene Übungen machen musste. Der Film, den Degener heute noch als entwürdigend und respektlos empfindet, stellte leider keine Ausnahme dar. In der Dokumentation wird unterschiedliches historisches Filmmaterial gezeigt, dessen teilweise verstörende Bilder entrechteter und entmenschlichter Personen neben die Aussagen behinderter und kranker Menschen gestellt werden und die zeigen, dass Ideen der Eugenik und der „Euthanasie“ mit dem Dritten Reich längst nicht begraben wurden.

Sterbehilfe versus Eugenik

Wie schwierig jedoch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema insbesondere dann ist, wenn die Lebensfähigkeit von Menschen aufgrund einer Behinderung oder einer Krankheit in Frage gestellt wird, zeigt der Umgang mit der Sterbehilfedebatte, die zu der Zeit, in der der Film gedreht wurde, ihren Anfang nahm und bis heute andauert. Beiträge mehrerer, mit dem Thema auf verschiedene Weise verbundener Personen – so zum Beispiel des umstrittenen Philosophen und Ethik-Professors Peter Singer – werden von Menschen mit Behinderung kommentiert und durch ihre eigenen Geschichten ergänzt. Ihr Kampf, in einer vorurteilsbehafteten Gesellschaft als vollwertige Mitglieder angesehen zu werden

Empfehlung Film/DVD

– egal ob in ihrem Wunsch zu Leben oder zu sterben – wird in dem Film auf sensible und zugleich ermutigende Weise dargestellt. Es entsteht so eine vielschichtiges und komplexes Bild von der Situation behinderter und kranker Menschen innerhalb der deutschen Gesellschaft Anfang der 1990er Jahre, dass sich vielleicht bis heute nicht großartig geändert hat.

Informationen:

„Der Pannwitzblick“

Regie: Didi Danquart

Produktionsfirma: Medienwerkstatt Freiburg

in Zusammenarbeit mit: Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Länge: 90 min

TV-Erstaussstrahlung: 5. Oktober 1992

Antiziganismus – Rassistische Stereotype und Diskriminierung von Sinti und Roma

Von Ingolf Seidel

Stereotype gegenüber Sinti und Roma gehören zu den am weitesten verbreitetsten und hartnäckigsten Ressentiments in Deutschland und Europa. So glauben laut der Studie von Oliver Decker u.a. „Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“ 55,0 Prozent der Befragten, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigen und 47,1 Prozent meinen, dass Roma aus den Innenstädten vertrieben werden sollten. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass Antiziganismus nicht allein innerhalb der extremen Rechten ein Einstellungsmuster ist. Er wird von breiten Bevölkerungsteilen geäußert und betrifft sämtliche politische Lager.

Daher ist Bildungsarbeit für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft in diesem Bereich nach wie vor dringend geboten, auch wenn das Angebot in den letzten Jahren vielfältiger geworden ist und auch zunehmend wahrnehmbar. Selbstorganisationen von Sinti und Roma ihre Stimme erheben. Mit einem Reader hat nun das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit, kurz IDA, dazu beigetragen, dass sich Multiplikator/innen in der Jugend- und Bildungsarbeit in die Thematik einarbeiten können. Die Materie erscheint auf den ersten Blick komplex und verwirrend. Das beginnt bereits mit dem Begriff.

Ist nun Rassismus gegen Sinti und Roma, Antirromaismus oder Antiziganismus die korrekte Bezeichnung? Auch unter Angehörigen der Minderheit ist die richtige Bezeichnung umstritten. In der vorliegenden Broschüre plädieren die Autor/innen, trotz mancher Bedenken, für den Gebrauch des Begriffes „Antiziganismus“, da, so der Politologe Markus End in einem einführenden Aufsatz, das Phänomen sowohl die Stereotype und Bilder, als auch die Diskriminierungspraxen gegen die Gemeinten umfasse, bei denen die „antiziganistisch Eingestellten“ ihr „Stereotyp vom ‚Zigeuner‘ im Kopf“ hätten, „ohne sich darum zu kümmern, wie sich die Betroffenen selbst bezeichnen und ob sie einer Minderheit angehören“ [7]. Die Problematik einer sinnhaften und nicht-diskriminierenden Begriffsfindung zur Bezeichnung des Ressentiments kann unbeachtet bleiben. Dementsprechend plädiert die Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt in ihrem Beitrag zu systematischen und historischen Aspekten des Antiziganismus für „eine Bildungspraxis, die die Unzulänglichkeiten in jeder identifizierenden Gruppenpraxis deutlich macht“ [16]. Vor diesem reflektierten Hintergrund erscheint es sinnvoll, den Begriff an die Stereotypen der Mehrheit und an deren Bilder anzuknüpfen.

Die Broschüre gliedert sich in fünf Abschnitte. Im Anschluss an die bereits erwähnten Beiträge von Markus End und Astrid Messerschmidt im Kapitel „Überblick“ folgen Abschnitte über „Strukturelle Diskriminierung“, „Rassistische Vorurteile“,

„Antiziganistisch motivierte Gewalt und Antiziganismus in der extremen Rechten“ und schließlich zu „(Selbst)Repräsentation und –organisation von Sinti und Roma“. Neben der Auseinandersetzung mit dem diskriminierenden Wort „Zigeuner“, das, so diplom-Pädagogin Petra Rosenberg eine „diskriminierende Fremdbezeichnung“ [17] sei und die Eigenbezeichnungen durch Sinti und Roma ignoriere, finden sich unter der Überschrift „Strukturelle Diskriminierung“ verschiedene Beiträge, die sich mit der strukturellen Diskriminierung von Sinti und Roma vor allem in Deutschland, aber auch in Ost- und Südosteuropa auseinandersetzen. Eine solche strukturelle Diskriminierung ist nicht zwangsläufig an eine offen rassistische und ausgrenzende Gesetzgebung gebunden. Sie zeigt sich in stigmatisierenden Mediendiskursen über die Minderheit ebenso wie in der dramatischen Bildungssituation von Sinti und Roma, im Hinblick auf formale Bildung in der Bundesrepublik und dem gravierenden Versagen des deutschen Bildungssystems [24]. Das zeigen die Ergebnisse einer Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma, herausgegeben von Daniel Strauß. Die Studie widerlege, so Strauß, das Vorurteil „Minderheiten würden nicht selbst aktiv werden, ihre Situation zu überwinden“ [21]. Als Folge des mangelhaften Zugangs von Sinti und Roma zu Bildungsangeboten ergeben sich massive Probleme beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Julia Geimer und Gina Reinhardt konstatieren, dass sich aus dieser Situation mit „fehlenden Eingangsqualifikationen“

ergäbe, dass „Bildungsbenachteiligungen häufig von Generation zu Generation“ [26] weitergegeben würden.

Der Verbreitung des antiziganistischen Ressentiments in verschiedenen Teilen der Bevölkerung widmen sich Daniela Krause und Eva Groß. Relevante Aspekte sind hier neben anderen die Kategorie Geschlecht und der Bildungshintergrund. Entgegen landläufiger Annahmen hängen Frauen eher antiziganistischen Stereotypen an als Männer [40}, während der Zusammenhang zwischen einem höheren Bildungsniveau und geringerem Auftreten offen antiziganistischer Ressentiments auf den ersten Blick weniger überrascht, blendet man die Frage aus, inwieweit höhere formale Bildung dazu befähigt, sozial erwünschte Antworten in Umfragen zu geben. Das Kapitel über rassistische Vorurteile widmet sich neben solchen Fragen der Empirie vor allem der Auseinandersetzung mit einzelnen Stereotypen wie dem „Vorwurf der Kriminalität“, der rassistischen Vorstellung Sinti und Roma seien „Sozialschmarotzer“ und den ethnisierenden Homogenisierungen, denen Angehörige der Minderheit seitens der Mehrheitsbevölkerung unterliegen. Zwei Aufsätze zu den historischen Grundlagen des Antiziganismus von Karola Fings und Romeo Franz verweisen unter anderem darauf, dass es bei „den Vorurteilen gegen uns Sinti und gegen die Roma (...) immer darum (ging, IS), gesellschaftliche Umbrüche ideologisch abzusichern“ [45], so Franz.

Auch wenn Antiziganismus, wie andere Formen von Rassismus oder auch der

Antisemitismus, in der Mehrheitsgesellschaft und der vermeintlichen gesellschaftlichen Mitte weit verbreitet sind, so kommt doch die extreme Rechte nicht ohne das Ressentiment aus, konstituiert es doch ihr Weltbild. Auf die Mängel in der behördlichen Erfassung antiziganistischer Straftaten, mangelnder Anerkennung durch die Justiz und der Notwendigkeit von Opferberatungen macht Heike Kleffner aufmerksam. Die Journalistin Lara Schultz stellt fest, dass Antiziganismus, obwohl er „eigentlich konstitutiver Bestandteil extrem rechter Ideologie“ sei, in den „gängigen Definitionen des ‚Rechtsextremismus‘“ nicht auftauche [61]. In ihrem analytischen Beitrag geht sie unter anderem der These nach, dass es Teil der antiziganistischen Ausgrenzung sei, zu „vergessen, dass es Sinti und Roma überhaupt gibt“, was wiederum mit der „Nicht-Wahrnehmung von Sinti und Roma als Opfer“ und „mit ihrer Stigmatisierung als (potenzielle) Täter_innen“ korrespondiere“ [64]. Ein weiterer Aufsatz von Schultz zeigt, wie in den mittel- und osteuropäischen Staaten Slowakei, Tschechien und Ungarn Wahlkampf mit antiziganistischen Ressentiments betrieben wird.

Im letzten Kapitel „(Selbst)Repräsentation und –organisation von Sinti und Roma“ stellen sich verschiedene Organisationen vor, die teils wie der Bundesverband Amaro Drom („Unser Weg“) oder der Berliner Verein Amaro Foro („Unsere Stadt“) sowohl aus Angehörigen der Minderheit, wie auch aus Nicht-Roma bestehen. Amaro Drom hat das Ziel, so Emran Elmazi und Patrick

Bieler, „jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Räume zu schaffen, damit sie aktive Mitglieder der Gesellschaft werden.“ [68]. Auch Amaro Foro ist in erster Linie eine Jugendorganisation. Über den Ansatz der Sozialberatung für Migrant/innen aus Rumänien und Bulgarien schreibt Anna Schmitt [vgl. 70]. Dem Erinnern und Gedenken an den Porajmos widmet sich das Jugendnetzwerk ternYpe, das seit 2010 Gedenkfahrten und Seminare für jugendliche Roma und Nicht-Roma nach Krakau und Auschwitz organisiert. Das AGORA-Netzwerk für Sinti- und Roma-Frauen, entstanden aus der Initiative „Romane Romnja“, engagiert sich gegen die Mehrfachdiskriminierung von Sinti- und Roma-Frauen. Es setzt sich für Empowerment der Frauen ein und widmet sich der Informations- und Antidiskriminierungsarbeit. Zu guter Letzt stellt Romeo Franz die Arbeit der Hildegard-Lagrenne-Stiftung vor. Die Stiftung wurde 2012 gegründet. Die Notwendigkeit einer eigenen Stiftung zur Förderung von Projekten von und für Sinti und Roma ergab sich aus den negativen Erfahrungen von Angehörigen der Minderheit bei Projektanträgen ihrer Vereine.

Insgesamt bietet die Broschüre von IDA einen guten und wichtigen Überblick über die Thematik. Daher stellt sie für alle, die sich der Bildungsarbeit gegen Antiziganismus widmen (wollen), ein hilfreiches Werkzeug für die Praxis dar. Selbstverständlich sollte es sein, diese Arbeit nach Möglichkeit gemeinsam mit Sinti und Roma zu

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Neu eingetroffen

organisieren oder sich mit ihnen rückzukoppeln, um die Gefahr eines paternalistischen Sprechens über die Minderheit zu vermeiden.

Literatur:

Milena Detner/Ansgar Drücker/Barbara Manhe (Hg.): Antiziganismus – Rassistische Stereotype und Diskriminierung von Sinti und Roma. Grundlagen für eine Bildungsarbeit gegen Antiziganismus. Düsseldorf, 2014.

Die Broschüre kann [hier](#) gegen Versandkosten bestellt werden.

Unser nächstes Magazin erscheint am 25. November
2015 und trägt den Titel „Kriegskinder“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstraße 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bilung.de/>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Anne Lepper, Ingolf Seidel und Gerit-Jan Stecker

Das mehrsprachige Webportal wird seit 2004 gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin. So auch die vorliegende Ausgabe unseres Magazins.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.